:antifaschistische nachrichten **Nr. 10**
g 3336 19.5.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Austritt Stoibers aus dem Kameradenkreis gefordert

Über 50 Organisationen und Einzelpersonen aus dem In- und Ausland, Überlebende des Holocaust und der Konzentrationslager, haben sich der Forderung an Ministerpräsident Stoiber angeschlossen, endlich aus dem „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ auszutreten. Die Protestresolution wurde am Freitag, 13. Mai Ministerpräsident Stoiber übergeben.

Zu Pfingsten fand dann zum 48. Mal das Treffen der Gebirgstruppe und ihrer Unterstützer in Mittenwald statt.

Wie schon in den letzten Jahren waren die GegnerInnen mit zahlreichen Aktionen, Zeitzeugenveranstaltungen, eigenen Gottesdiensten und Demonstrationen präsent. Hier eine erste Stellungnahme des Komitees für Grundrechte und Demokratie zum Ablauf der Veranstaltungen.

Präventiv-willkürlich eingehegtes Demonstrationsrecht auf bayrische Art

Überall in der Bundesrepublik wird in den letzten Monaten der Befreiung von Krieg und Faschismus gedacht. In Mittenwald dagegen feiern die Gebirgsjäger ungebrochen ihre Tradition, zu der Kriegsverbrechen in Griechenland, Italien und anderswo gehören.

Den Zeitzeugen der Todesmärsche, den Überlebenden der Konzentrationlager steht dagegen in Mittenwald noch nicht einmal angemessener Raum zur Verfügung. Denjenigen, die die Erinnerung an die Kriegsverbrechen wachhalten und der Opfer gedenken, werden die Möglichkeiten, sich zu versammeln und ihre Meinung öffentlich kundzutun, in unerträglichem Maße beschnitten.

■ Zeitzeugen mussten Pfingstsamstag in einem Zelt, weitab von jeder Mittenwalder Öffentlichkeit, von ihren schrecklichen Erfahrungen berichten.

weiter Seite 3

Inhalt:



Peter Gingold, der in den Reihen der französischen Résistance gegen die deutsche Besatzung kämpfte, hielt die Rede auf der Auftaktkundgebung der antifaschistischen Demonstration. Er machte deutlich, dass der „Untergang“ nicht 1945 stattfand, wie der Eichinger-Film Glauben machen will. Der Untergang war bereits 1933, als die Deutschen nicht verhindern konnten, dass die Nazis an die Macht gebracht wurden. Bilder: Krasse Zeiten

„Achter Mai – nazifrei!“

Rund 15 000 Gegendemonstranten verhinderten NPD-Aufmarsch in Berlin

Stände von Schülerinitiativen, antifaschistischen Bündnissen, Parteien sowie Gewerkschaftsverbänden säumten den Weg bis zur Bühne vor dem Brandenburger Tor, an dem das offizielle Programm zum zweitägigen Straßenfest „Tag für die Demokratie“ stattfand. An einem Stand von Schülern sah man ein Plakat: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage! Informiert man sich näher, erfährt man, dass diese Aktion kürzlich ihr 10-jähriges Bestehen feierte. An anderen Ständen liest man Sätze wie: „Kein Sex mit Nazis!“ oder: „Europa ohne Rassismus“. Man hat den Eindruck, dass sich in Deutschland weiterhin viel bewegt gegen Rechtsextremismus. Viele tragen Luftballons mit der Aufschrift „Nein zu Neonazis“.

Das Fest wurde jedoch für viele überschattet von der Tatsache, dass mehrere hundert Meter entfernt, am Berliner Alexanderplatz, etwa 2.600 Rechtsradikale von der NPD und ihrer Jugendorganisation nur darauf warteten, unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge-Schluss mit dem Schuldkult“ loszumarschieren.

Diese Provokation wollten nicht nur viele antifaschistische Verbände und linke Organisationen nicht dulden; auch unter den übrigen Besuchern des Festes beteiligten sich viele, als direkt am Ort der Feierlichkeiten zur Gegendemonstration aufgerufen wurde.



Insgesamt war es eine erfreuliche Vielzahl von Initiativen, die zu den Gegendemos an den verschiedenen Treffpunkten aufriefen. *weiter S. 3*

Korporierter als Papst

MÜNCHEN. Der „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (CV) wünschte am 23. April in einer ganzseitigen Anzeige in der „FAZ“ seinem „Ehrenmitglied“ Joseph Kardinal Ratzinger, nun Papst Benedikt XVI., „allzeit die rechte göttliche Eingebung“. Die wird er sicherlich haben, denn der neue Papst kann auf eine lange Mitgliedschaft in studentischen Verbindungen zurückblicken. Während seines Studiums schloss er sich dem KStV Lichtenstein Hohenheim an; später wurde er Ehrenmitglied der KStV Isaria zu Freising und des KStV Alemannia zu München. Außerdem ist er Ehrenmitglied der KDStV Rupertia Carolina Regensburg, der Alcimonia Eichstätt sowie der „Capitolina Citta del Vaticano“ im farbentragenden „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (CV). Dem CV gehört auch der CDU-Spitzenpolitiker zur Landtagswahl in NRW, Jürgen Rüttgers, an. Rüttgers war erst kürzlich wegen seiner Äußerungen zum Stellenwert des Katholizismus gegenüber anderen Religionen öffentlich kritisiert worden. *hma* ■

Rechts zitiert

DÜSSELDORF. Die konservative Tageszeitung „Rheinische Post. Zeitung für Politik und christliche Kultur“ zitiert in ihrer Ausgabe vom 7. Mai aus der Zeitung „Deutsche Sprachwelt“. Diese beklage eine „Verfälschung und Verhunzung“ der Sprache des Dichters Friedrich Schiller, schreibt das CDU-nahe Blatt. Zitiert wird auch der Schriftleiter der „Deutschen Sprachwelt“, die vom „Verein für Sprachpflege“ herausgegeben wird, Thomas Paulwitz. Der sieht die Werke Schillers in Schulausgaben und in Theatern als „teilweise bis zur Unkenntlichkeit entstellt“. Paulwitz ist Autor der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. 2003 referierte er auch bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP). Zur Krönung wird am Ende des Beitrags der konservativen Tageszeitung auch noch die Webseite der „Deutschen Sprachwelt“ abgedruckt. *hma* ■

Reichskriegsflagge gehisst

BAD HOMBURG. In der Nacht zum 9. Mai haben „Unbekannte“ eine Reichskriegsflagge auf dem Gelände der Burgruine Falkenstein bei Königstein/Hintertaunus gehisst. Der Zugang zu der Ruine wurde mit einem Fahrradschloss verriegelt, an dem eine Handgranate festgebunden worden war. Hinzu gerufene Sprengstoffsachverständige identifizierten die Granate als Übungshandgranate. In der gleichen Nacht wurden auch Neonazi-Plakate an die Bahnhofsgebäude von Wehrheim und Neu-Anspach geklebt. Die Polizei hat Ermittlungsverfahren eingeleitet. *hma* ■

Nazidemos in der Schweiz

SCHWEIZ/AARAU. Als Reaktion auf Neonazi-Aufmärsche in der Schweiz am 1. Mai haben am 7. Mai mehr als vierhundert Menschen in Aarau, der Hauptstadt des Kantons Aargau, demonstriert. An der antifaschistischen Demonstration beteiligten sich auch zahlreiche Mitglieder des „Aargauischen Gewerkschaftsbundes“ (AGB). Anhänger der neofaschistischen „Partei national orientierter Schweizer“ (PNOS) waren am 1. Mai in Aarau aufmarschiert. Nach einer Rede des Geschichtsrevisionisten Bernhard Schaub waren die etwa 100 Neonazis an der Maifeier der Gewerkschaften vorbeimarschiert. Der AGB kritisierte die Polizei daraufhin, die den Neonazi-Aufmarsch zugelassen hatte und erstattete Anzeige gegen Schaub wegen Verstoßes gegen die Antirassismus-Strafnorm.

In Solothurn hatte die Polizei 46 Neonazis von der „Helvetischen Jugend“ (HJ) festgenommen, die teilweise mit Eisenstangen bewaffnet waren. Teilnehmer an deren Kundgebung in Solothurn war auch der PNOS-Stadtrat in Langenthal, Tobias Hirschi (19). Seit April sitzt auch in der Gemeinde Günsberg/Kanton Solothurn ein PNOS-Vertreter im Rat. Der Straßenbauer Dominic Bannholzer (19) erzielte auf Anhieb 21 % der Wählerstimmen in dem 1200 Einwohner zählenden Ort. *hma* ■

Austritt nach Interview

ÖSTERREICH/WIEN. Für heftigen Wirbel sorgte ein Interview des österreichischen Fernsehens mit dem Wiener FPÖ-Bundesrat John Graf Gudenus. Auf die Frage der Journalisten, ob es während des Naziregimes Gaskammern gegeben habe, antwortete Gudenus: „Ich glaube, man sollte dieses Thema ernsthaft debattieren und nicht auf die Frage, du mußt es ja oder nein beantworten“. Daraufhin forderten Abgeordnete von SPÖ, ÖVP und „Grüne“ den Rücktritt von Gudenus als Bundesrat. Wer den Holocaust leugne oder relativiere, so Bundeskanzler Schüssel (ÖVP), „der passt ganz einfach nicht in ein demokratisches Gremium“. Bundespräsident Fischer riet Gudenus nach Mauthausen oder Auschwitz zu fahren, um sich von der Existenz von Gaskammern zu überzeugen.

Mittlerweile ist Gudenus, in der Vergangenheit Referent bei Burschenschaften und dem Wiener „Neuen Klub“, aus der FPÖ ausgetreten. Sein Mandat als Bundesrat will er aber behalten. Die Wiener „Grünen“ haben nun Anzeige gegen ihn wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das österreichische NS-Verbotsgesetz erstattet. Gudenus war bislang u.a. Interviewpartner der „Deutschen Nationalzeitung“, des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ und des „Eckartboten“ (heute: „Der Eckart“) der extrem rechten „Österreichischen Landsmannschaft“. *hma* ■

Neonazis wollten nach Berlin-Pleite Jugendzentrum in Dessau stürmen

DESSAU/WEIMAR. Auf der Heimreise von der gescheiterten NPD-Demonstration in Berlin haben rund 100 Neonazis aus Thüringen und Bayern versucht, ein linkes Jugendzentrum in Dessau zu stürmen. Die Polizei verhinderte Randale und zwang die Neonazis am Sonntag nach einer spontanen Demonstration, in ihre Busse einzusteigen und weiterzufahren. Die Busse stammten aus Weimar, dem Wartburgkreis und aus Bayreuth sagte ein Polizeisprecher am Montag und bestätigte einen entsprechenden Bericht der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“. *nach Presseberichten* ■

Heisenhof dichtmachen!

DÖRVERDEN. „Kein Vergeben, Kein Vergessen, keine Nazis – nicht im Heisenhof oder sonst wo!“ So lautete das Motto der antifaschistischen Demonstration gegen den Heisenhof in Dörverden am Sonntag den 8. Mai 2005. Rund 1000 Menschen versammelten sich am Vormittag in Has-



sel im Landkreis Nienburg, um der Kapitulation und Niederschlagung Nazideutschlands vor 60 Jahren zu gedenken. Begleitet von einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz zog der Demonstrationszug zur ehemaligen Bundeswehrstandortverwaltung Heisenhof bei Dörverden. Um 13.30 wurde die Demonstration wegen Vermummung und der Verknotung von Seitentransparenten von der Polizei gestoppt. Nach kurzer Zeit konnte die Demonstration weiterziehen. Die Polizei filmte die gesamte Demonstration und provozierte durch das permanente Fotografieren der Demonstrations-



Fortsetzung Seite 1, 8. Mai Berlin

Während in Berlin und Hamburg initiierte Aufrufe schon lange im Vorfeld dazu aufriefen, am 8. Mai „den öffentlichen Raum zu besetzen“, um deutlich zu zeigen, „dass in Berlin kein Platz für Nazis ist“, setzten etwa 15 000 Menschen dies in die Tat um. Angesichts der Situation, dass die Nazis rundum von deutlich mehr Gegendemonstranten umringt waren, war es der Polizei praktisch unmöglich, die Rechten marschieren zu lassen. So konnten sie ihre Kundgebungen nur weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit abhalten. Gegen 17 Uhr forderte die Polizei die Veranstalter des NPD-Aufmarsches auf, die Veranstaltung aufzulösen. Einige Rechtsextreme wollten dieser Aufforderung nicht nachkommen und unternahmen den Versuch, dennoch loszumarschieren, was die Polizei jedoch sofort konsequent zu unterbinden verstand.

Die Veranstalter, an vorderster Stelle NPD-Chef Udo Voigt, mahnte zur Disziplin. Gegen 18 Uhr war definitiv nicht mehr an einen Demonstrationsmarsch der Rechten zu denken und die Nazis mussten den Rückweg antreten.

Die Zahl der Gegendemonstranten war sechsmal so hoch wie die der seit Stunden wartenden Rechten, was einmal mehr deutlich macht, dass die Nazis von der Mehrheit unerwünscht sind.

So enttäuscht die Nazis von dannen gezogen sind, so „zufrieden“ konnten die von auswärts angereisten Gegendemonstranten Berlin verlassen.

Verhindert haben den Naziaufmarsch am 8. Mai die Demonstranten, die aktiv ein Zeichen gegen Rechts setzten, nicht diejenigen, die am Tag für Demokratie ihre Reden hielten. Wobei natürlich jede (gewaltfreie) Form des Protestes gegen Rechtsextremismus von ungemeiner Bedeutung ist.

Dennoch ist es wichtig, sich klar zu machen: Dauerhaft nazifrei werden kann Deutschland nur durch die tiefere Auseinandersetzung mit rechten Ansichten und durch die Analyse rechter Strukturen in unserer Gesellschaft.

Denn: auch wenn die Nazis nicht marschiert sind, rechte Gesinnung findet sich im Denken vieler – und zwar oft in „klügeren“ und einflussreicheren Köpfen als einem lieb sein mag. Die bloße Ächtung von rechtsextremem Denken und Handeln lässt die Nazis in unserer Welt leider nicht verschwinden oder weniger werden. Dies zeigen unter anderem neue Statistiken, nach denen die Zahl rassistischer Gewalttaten, propagandistischer Straftaten sowie von Verstößen gegen das Versammlungsrecht im Jahre 2004 deutlich zugenommen haben.

Auch wenn die Verhinderung des Nazi-Aufmarsches ein wichtiger Erfolg war, muss noch viel getan werden, um das Denken von Rechtsgesinnten zu verändern und die Zahl der Rechtsextremen zu verringern.

Meike Ziemer ■

Fortsetzung von Seite 1

■ Für das Treffen der Gebirgsjäger am Ehrenmal auf dem Hohen Brendten wurde Pfingstsonntag dagegen ein ganzer Berg polizeilich abgeriegelt und zu Privatgelände erklärt. Die „Privatstraße des Bundes“ – ein Widerspruch in sich – wurde kurzerhand auf dem gesamten Zufahrtsweg privatisiert und stand einzig den Gebirgsjägern und ihrem Freundeskreis zur Verfügung. Den KritikerInnen dieses Treffens wurde jede Möglichkeit versagt, ihren Protest auch nur in „angemessener“ Entfernung vorzubringen. Nach polizeilichem Augenschein wurde aussortiert und zeitweise in Gewahrsam genommen.

Schon an den Vortagen wurden die Versammlungen der Anhänger der „angreifbaren Traditionspflege“ autoritär-staatssichernd eingehegt.

■ Freitag, 13. Mai 2005, wurde die Gegend um ein Privathaus in Wolfratshausen zur „Bannmeile“ und für jedes öffentliche Anliegen unzugänglich erklärt.

■ Busse und anreisende PKW wurden ständig – „verdachtsunabhängig“ – kontrolliert. Die wenigen Busse der KritikerInnen der Gebirgsjäger gerieten in immer neue Kontrollen. Personalien wurden überprüft. Plakate wurden beschlagnahmt, weil das Impressum fehlte.

■ VersammlungsteilnehmerInnen sollten sich in eng mit Flatterband abgesperrte Umzäunungen begeben, die als der ihnen zugewiesene Versammlungsraum bezeichnet wurden.

■ Beim Zugang zu Demonstrationen führte die Polizei bei den Teilnehmenden Taschen- und Personenkontrollen durch. Noch die letzte Streichholzschachtel oder das Paket Kekse wurden geöffnet. Bücher und Broschüren wurden eingehend auf Verdächtiges überprüft.



Gebirgsjägertreffen 2005

■ Selbst die Personalien der zu benennenden Ordner wurden akribisch aufgenommen. Sputeten sich Teilnehmende nicht, sofort den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten, so wurde gedroht, mit diesem Verhalten bringe man den Versammlungsleiter in Schwierigkeiten.

■ Bis ins Kleinlichste kontrollierte die Polizei die Einhaltung der Auflagen: Nur ein wenig zu kurz geratene Transparentstöcke wurden ebenso bemängelt wie die Nutzung dünnen Bambus statt Holz. Verlangt wurde immer wieder, die seitenweisen Auflagen bei der Kundgebung vorzulesen.

■ Vermummung wurde je nach Situation und Gutdünken definiert. Der Staatsanwalt hatte Freitag zunächst beschlossen, dass das Tragen von drei der Utensilien – Sonnenbrille, Mütze und Kapuze – als Vermummung gelte und geahndet würde. Zwischenzeitlich wurde es auf zwei Utensilien herabgestuft. Recht ist, was die Polizei, manchmal in Abstimmung mit dem Staatsanwalt/der Staatsanwältin beschließt. Nicht Rechtssicherheit für die Bürger und Bürgerinnen, sondern Willkür sind das Ergebnis.

■ Mit Festnahmen einzelner aus Versammlungen heraus oder auch am Rande von Versammlungen wurden die Demonstrierenden immer wieder provoziert.

■ An die ständige Überwachung von Versammlungen mit Video, mit Kameras, durch in ziviler Kleidung auftretende PolizeibeamtInnen hat man sich fast schon gewöhnt. Es ist aber ein rechtswidriger Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Insgesamt wurde ein vordemokratisch-autoritäres Grundrechtsverständnis deutlich. Versammlungen wurden grundsätzlich als potentielle Gefährdungen aufgefasst, die es präventiv polizeilich zu kontrollieren, zu überwachen und einzuschüchtern gelte. Wer sein Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Anspruch nimmt, gilt als Störer und Störerin, als potentielle StaftäterIn und hat diesem polizeilich-politischen Verständnis gemäß seine Freiheitsrechte schon verwirkt. In all diesem machtvollen Auftreten bleibt nur ein positives Moment zu benennen: Fast durchgängig waren PolizeibeamtInnen bereit, auf Nachfrage Name und Einheit zu nennen.

Fast mit Erstaunen musste man angesichts solch autoritären Auftretens der Polizei die Reaktionen der Protestierenden beobachten. Gegenüber all diesen Zumutungen und Übergriffen verhielten sie sich durchweg äußerst gelassen und humorvoll-verwundert. Konzentriert darauf, ihr Anliegen zum Ausdruck zu bringen, die begangenen Verbrechen an- und einen verantwortlichen Umgang mit der Geschichte einzuklagen, ließen sie sich nicht provozieren.

Für die DemonstrationsbeobachterInnen gez. Elke Steven
Komitee für Grundrechte und Demokratie ■

teilnehmerinnen. Um ca. 13.45 Uhr erreichte die Demonstration den Vorbereich des Heisenhofes wo eine Zwischenkundgebung abgehalten wurde.

Der Heisenhof wurde durch eine Hundertschaft der Polizei abgeriegelt, und Mitglieder der NPD/JN Verden/ Rotenburg Wümme fotografierten vom Gelände des Heißenhofes die Zwischenkundgebung. Auf dem gegenüber des Heisenhofes errichteten Mahnmal wurde eine Gedenktafel mit dem Schriftzug „Zum Gedenken aller Zwangsarbeiterinnen, die während der Zeit des Nationalsozialismus hier in der Pulverfabrik EIBIA ausgebeutet und ermordet wurden. Kein Vergeben – kein Vergessen!“ hinterlassen. Auf der Zwischenkundgebung wurden mehrere Redebeiträge hinsichtlich des Heisenhofes und der Schicksale der Zwangsarbeiterinnen in der Pulverfabrik EIBIA verlesen. Anschließend zog der Demonstrationszug wieder in die Ortschaft Hassel, um den Tag mit einer Abschlusskundgebung mit anschließendem Hip Hop Konzert ausklingen zu lassen. Dies wird nicht die letzte Demonstration gegen die Strukturen von Rechtsextremisten in der Region Verden und dem Bremer Umland gewesen sein. Wegschauen hilft nicht, Heisenhof dichtmachen. *PM* ■

Nazidemos mit massivem Polizeieinsatz durchgesetzt

FRANKENTHAL/WORMS. Am 1. Mai demonstrierten ca. 300 Nazis zuerst in Frankenthal und dann in Worms. Die Nazidemos wurden zum Teil mit brutaler Polizeigewalt durchgesetzt. An antifaschistischen Gegenaktivitäten beteiligten sich insgesamt in beiden Städten bis zu 3000 Menschen. In Frankenthal wurde durch weiträumige Absperrungen fast jeder antifaschistische Protest verhindert. Dennoch gelang es AntifaschistInnen, die Demonstrationsroute der Nazis zu blockieren, so dass diese umgeleitet werden musste. An einer Spontandemonstration beteiligten sich ca. 400 Menschen. Es kam im Verlauf der Aktivitäten immer wieder zu Rangeleien mit der Polizei. Nur mit starker Verspätung konnten die Nazis nach Worms gelangen. An einem durch den Frankenthaler Bürgermeister Wieder (CDU) initiierten Bürgerfest nahmen bis zu 1200 Menschen teil.

In Worms fand ebenfalls eine kurze antifaschistische Demonstration statt, an der sich bis zu 1200 AntifaschistInnen, MigrantInnen und BürgerInnen beteiligten. Danach wurden die Nazis am Bahnhof erwartet. Der Naziaufmarsch wurde von der Polizei mit brutaler Gewalt durchgesetzt, was zu einer Eskalation der Situation führte. Auch Teilnehmer der Nazidemonstrationen beteiligten sich an Gewalttaten, was von der Polizei größtenteils ignoriert wurde. *aus PM des AK Antifa JUZ Mannheim 2.5.2005* ■

8. Mai in Düsseldorf

Trotz Hagelschauern und Rheinmarathon demonstrierten über 500 Menschen in Düsseldorf anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung.

Zur Demonstration unter dem Motto „Gegen Faschismus und Krieg“ hatte ein breites Bündnis von Antifa, VVN/BdA über linke Organisationen bis zu Gewerkschaftlern aufgerufen. Neben der Erinnerung an die Opfer der Nationalsozialismus und die Ehrung der Gegner war ein Schwerpunkt die Kritik an aktuellen Geschichtsverfälschungen, die in dem Untermotto der Demo „Geschichtsverfälschung bekämpfen! Deutsche Täter sind keine Opfer!“ passsend beschrieben wurde. Gut gemacht waren die Zwischenstationen der Demonstration, die quasi mehrere Orte des NS-Terrors in Düsseldorf ablief:

Auftakt war der Hauptbahnhof. Hier hatten nicht nur SS- und SA-Schergen gewütet, sondern dies war nach dem Krieg der Sitz der ersten, provisorischen, antifaschistischen Gremien gewesen. Der Antifa-KOK hielt hier einen Redebeitrag zu aktuellem Geschichtsrevisionismus und den Großmachtbestrebungen der BRD.

Erste Zwischenkundgebung zwischen Justizministerium (dem ehem. NS-Sondergericht) und einer Kirche: Hier sprach ein Pfarrer u.a. auch zur Mitschuld der Kirchen.

Nächste Zwischenkundgebung war am Stadthaus, in dem heute die Mahn- und Gedenkstätte untergebracht ist und 1933 das Polizeipräsidium war. Hier gab es eine Rede zu Zwangsarbeitern in Düsseldorf, in der betont wurde, dass die 50.000 Zwangsarbeiter in Düsseldorf nicht übersehen werden konnten, insofern ALLE davon gewusst hatten.

An dem Platz der ehemaligen Synagoge gab es eine pointierte Rede von Prof. Dreßen zur Arisierung in Düsseldorf. Auch hier wurde betont, dass von der Arisierung jüdischen Eigentums weite Teile der Düsseldorfer Bevölkerung profitiert hätten. Erst die Alliierten, denen dafür zu danken sei, hätten diese „rassistische Zugewinngemeinschaft“ zerschlagen.

Am ehem. SS-Folterkeller in der Mitteldeutschen Bank auf der Königsallee sprach die Tochter der dort inhaftierten und gefolterten Clara Schabrod und schilderte sehr anschaulich und bewegend den Nazi-Terror. Sie verwies darauf, dass ihre Mutter, wie viele der inhaftierten Nazi-Gegner, keine Entschädigung bekommen hätte. Zum Abschluss sprach Jupp Angenfort von der VVN in gewohnt brillanter Art und thematisierte am Industrieclub die Unterstützung der NSDAP durch die Großindustrie.

RedZac, Indymedia 9.5.2005 ■

Auszug aus der Rede von Jupp Angenfort am Industrieclub:

Ein ganz wichtiges Ereignis fand am 26. Januar 1932 hier statt, hier wo wir jetzt stehen, hier im Industrieclub. Der Präsident des Industrieklubs, eine Vereinigung vornehmlich von Großindustriellen, war damals Jost Henkel, der Persil-Boss. Er hat Hitler zum 26. Januar 1932 zu einem



Vortrag eingeladen. Die Industriellen wollten Hitlers Programm kennenlernen. Hitler kam gerne und brachte Göring und den damaligen Führer der Terrortruppe SA Röhm mit. Das Treffen Hitlers mit den Industriellen war bekannt geworden. Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten zogen zum Protest hierher. Unter ihnen der bereits verstorbene Fritz Hollstein. Ich zitiere aus seiner Schilderung der Ereignisse: „... viele Demonstranten hatten sich vor Parkhotel und Industrie-Club eingefunden. Vom benachbarten Arbeitsamt kamen eine Anzahl Arbeitslose hinzu. Die Polizei, teils zu Pferd wurde gegen uns eingesetzt, weil wir warnend riefen: „Hitler – das ist der Krieg!“ Wir wurden verprügelt, manche in den Keller des benachbarten Opernhauses eingesperrt.“

Der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Dr. Robert Lehr, begrüßte Hitler. Der gleiche Robert Lehr wurde nach dem Krieg in der Regierung Adenauer Innenminister.

... Als sollte der Gesprächsfaden vom Industrieclub 1932 wieder aufgenommen werden, erklärt Industriellen-Präsident Michael Rogowski (BDI) heute, der Rüstungsetat müsse vergrößert werden. Die NPD, so Rogowski, sei nicht so beunruhigend wie die PDS. Das „Phänomen Rechtsextremismus“ solle nicht überbewertet werden. (Freie Presse Chemnitz, 20.9.04)

Ist das nicht eine Schande? Müssen da nicht die Alarmglocken schlagen? Die Lehren der Geschichte lauten anders. Sie fordern: Den Krieg bannen! Abrüsten! Die frei werdenden Mittel für soziale und kulturelle Zwecke verwenden! In einem alten Lied der Arbeiterbewegung heißt es: „Arbeit, Brot und Völkerfrieden – das ist unsere Welt!“ Ja, darum geht es! Und es bleibt dabei, heute, 60 Jahre nach der Befreiung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. ■

Brutaler Polizeieinsatz am 8. Mai 2005 gegen Antifaschisten

Tausende Münchner gegen Nazis



Tausende Münchner haben am Abend des 8. Mai gegen einen Neonazi-Aufmarsch am Marienplatz protestiert. Als die 64 Anhänger der NPD und der Kameradschaft München sich um 18 Uhr unter der Losung „8. Mai – Tag der Ehre, nicht Tag der Befreiung“ innerhalb der Polizeisperrgitter aufreihten, waren sie bereits von über 2000 Nazigegnern umzingelt, die zum Teil seit Stunden den Platz besetzt hielten. Unter den Demonstranten war auch die Stadtratsfraktion der SPD, die zusammen mit den Grünen die Münchner dazu aufgerufen hatte, den Neonazis „die rote Karte zu zeigen“. Antifaschisten skandierten Parolen wie „8. Mai – Tag der Befreiung“. Vereinzelt waren Fahnen der SPD, der DKP, eine Sowjetfahne, aber auch israelische Fahnen zu sehen. Direkt vom Fußballstadion kam auch eine Gruppe der „Löwenfans gegen Rechts“ mit ihrem Transparent. 460 Polizisten waren zum Schutz der Neonazis im Einsatz. Als Antifaschisten vor Beginn des Naziaufmarsches versuchten, die Sperrgitter zu öffnen um den Aufmarschplatz zu besetzen, wurden sie von der Polizei zu Boden geschmissen und abgeführt. Immer wieder griffen gepanzerte Greiftrupps der berüchtigten USK-Einheiten einzelne Antifaschisten aus der Menge, unter anderem, weil eine Rolle Toilettenpapier geworfen wurde. Anderen wurden Vergehen nach dem Versammlungsgesetz, Beleidigung, Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Neben 18 Antifaschisten wurde auch ein Neonazi wegen des Tragens verbotener NS-Symbole festgenommen. Nicht eingeschritten wurde von Seiten der Polizei gegen Neonazis, die systematisch Antifaschisten abfilmten.



Die Stadt München hatte versucht, den Naziaufmarsch mit der Begründung zu verbieten, der Münchner Marienplatz sei eine für das NS-Regime besonders symbolträchtige Stätte. Immerhin hatte Reichspropagandaminister Josef Goebbels vom Alten Rathaus 1938 die Reichspogromnacht verkündet. Das bayerische Verwaltungsgericht mochte dieser Argumentation nicht folgen und erlaubte den Neonaziaufmarsch schließlich.

Nick Brauns ■



Städtisches Verbot von Verwaltungsgerichtshof aufgehoben
8. Mai: München hat Nazis satt!

Nachdem das Verbot des Münchner KVR die Mahnwache der Nazis unter dem Motto „Tag der Ehre, nicht der Befreiung“ durch ein bayerisches Gericht aufgehoben wurde, führte ein kleiner, ca. 50ig-köpfiger Nazitrupp in einem polizeilichen Schutzkäfig und unter lautstarken Protesten von mehreren hunderten Münchnerinnen und Münchner ihre Mahnwache durch. Erneut wurde deutlich, dass die Nazipropaganda nicht unwidersprochen bleibt und öffentliche Auftritte der Neofaschisten bekämpft werden. Allerdings zeigt die Aufhebung des Verbots dieser Mahnwache durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, dass der starke Bezug auf den Marienplatz als „historische Stätte“ voll daneben gegangen ist. Ein Verbot muss deshalb damit begründet werden, dass die Anmelder dieser Kundgebung nach wie vor den Nationalsozialismus verherrlichen und ihr ganzes Tun darauf ausgerichtet ist, wieder ein solches Regime in Deutschland zu installieren. Dann gibt es eigentlich auch kein Angebot für einen anderen Termin und einen anderen Ort, um solche Verbrechen vorzubereiten.

dil ■



Frankreich: Kinder der Kolonisierten wehren sich

Nicht nur in Ostasien wird zur Zeit heftig um Schulbücher gestritten: Auch in Frankreich sorgen vom Staat vorgeschriebene Geschichtsdiskurse für Konflikte.

Am 23. Februar 2005 wurde vom französischen Parlament eine äußerst fragwürdige gesetzliche Bestimmung verabschiedet. Das Brisante daran blieb zunächst unbemerkt, da es in einem Text zur Verbesserung der Situation ehemaliger Soldaten der Kolonialkriege „versteckt" ist. Ein Absatz des Gesetzes verpflichtet zukünftig Lehrer, Hochschuldozenten und Forscher ausdrücklich dazu, in ihrem Unterricht und ihren Schriften den „positiven Beitrag der französischen Präsenz in Übersee, und insbesondere in Nordafrika" hervorzuheben.

In Wirklichkeit hat die französische Kolonisierung vor allem dazu geführt, die Algerier, die auch nach Aussagen von Generälen, die an der Invasion teilnahmen, vor der Kolonialisierung mehrheitlich lesen und schreiben konnten, in eine Bevölkerung von Tagelöhnern und Analphabeten zu verwandeln. Auch ein Teil der französischen Öffentlichkeit bestreitet das nicht. Deswegen laufen derzeit Menschenrechts- und Antirassismusgruppen Sturm, und viele Historiker und Lehrer protestieren heftigst gegen die Gesetzesbestimmung. (Näheres dazu sowie eine Petition gegen das Gesetz finden sich hier: http://www.ldh-toulon.net/article.php3?id_article=500)

Das Gesetz bestärkt die Initiatoren einer neuen Bewegung, die im Februar dieses Jahres mit einem Gründungsaufruf unter dem ironisch-provokativen Titel „Wir sind die Eingeborenen der Republik" auf sich aufmerksam machten. In dem Aufruf ziehen Nachkommen von Migranten, Mitglieder der Grünen oder von antirassistischen Initiativen eine Verbindungslinie zwischen dem Kolonialrassismus und der heutigen Behandlung der Einwanderer, von denen viele aus früheren Kolonien stammen.

Am 8. Mai wollen die „Eingeborenen der Republik" eine Demonstration veranstalten und im Juni einen Kongress.

Die Urheber der Petition beziehen sich zugleich explizit positiv auf die französische Résistance und ihr Erbe. Zu den sonstigen, absoluten Stärken ihres Textes gehört die sehr ausdrucksvolle Passage über Dien Bien Phu – in dieser vietnamesischen Stadt wurde 1954 das letzte Kontingent der französischen Kolonialarmee im Indochinakrieg besiegt: „Dien Bien Phu ist keine Niederlage, sondern ein Sieg für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", und dies „für die gesamte Menschheit".

Dennoch ist die Petition, die von nationalistischer Seite heftig angefeindet wird (die „links"-patriotische Wochenzeitschrift „Marianne" machte etwa eine Titelstory dazu mit beispielloser Hetze auf, unter der Schlagzeile: „Jene, die den ethnischen Krieg wollen"), auch in der linken französischen Öffentlichkeit umstritten. So verweigerte die undomgatisch-trotzkistische LCR bisher mehrheitlich ihre Unterstützung, da in dem Aufruf auch „feministische und laizistische Diskurse" als postkoloniale Herrschaftsinstrumente bezeichnet werden.

Auf einem Treffen Mitte April in der Pariser Trabantenstadt Nanterre, auf dem der Kongress im Juni vorbereitet werden sollte, wurde über diese Einschätzung gestritten. Auf dem Podium waren vorwiegend migrantische Frauengruppen wie Les Blédardes sowie die „Feministinnen für Gleichheit" vertreten. Sie kritisierten keineswegs Laizismus und Feminismus als solche, sondern explizit nur jene Varianten, die – wie die vor zwei Jahren entstandene und mittlerweile zur klaren Satellitenorganisation der sozialdemokratischen Partei gewordene Frauenorganisation Ni Putes ni Soumises (Weder Huren noch Unterwürfige) – sich vor allem positiv auf die republikanischen Ideale des Staates beziehen, die Mehrheitsgesellschaft weitgehend beschönigen und ihre Kritik fast allein auf Frauenfeindlichkeit bei Moslems und in Unterschichtsvierteln fokussieren. Sie wurden etwa als „gutes Gewissen der weißen Mehrheit" bezeichnet, und dies nicht wirklich zu Unrecht.

Dennoch werden Klärungsprozesse und Abgrenzungen nötig bleiben, denn auch kommunitaristisch-religiöse Gruppen wie das Collectif des musulmans de France saßen zwar nicht auf dem Podium, aber im Publikum. Deren Kritik am Feminismus, den sie ebenfalls als postkoloniale Erscheinung betrachten, fällt dagegen weit-



Zerknirscht muss der Autor noch eine kleine Korrektur zum Artikel über den 1. Mai nachtragen: Den Namen „Fuerza Nazionale" kann es schon allein deswegen nicht geben, weil es eine „Fuerza" zwar im Spanischen gibt, aber nicht im Italienischen... während umgekehrt das Wort „nazionale" nur im Italienischen so geschrieben wird, im Spanischen aber „nacional". Die italienische rechtsextreme Partei, die mit einigen Repräsentanten beim 1. Mai-Aufmarsch der Le Pen-Anhängern in Paris anwesend war, heißt denn auch gar nicht so – sondern „Forza Nuova" (Neue Kraft). Sie organisiert den extremistischen Flügel der italienischen (Alt-)Neofaschisten, der nicht mit in das Regierungsbündnis unter Silvio Berlusconi eintreten mochte, sondern in der Rechtsopposition verblieben ist. Es handelt sich um ein Bündnis mehrerer kleiner Organisationen, darunter die „Alternativa Sociale" der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini und die vom ehemaligen MSI (jetzt Allianza Nazionale) abgespaltene Kleinpartei MSI-Fiamma Tricolore. Das Foto zeigt die bombastische Tribüne beim FN-Aufmarsch am 1. Mai.

BhS, Paris ■

aus genereller aus als jene der migrantischen Frauengruppen.

In anderem Zusammenhang wurden erforderliche Trennungsstriche bereits gezogen. So wiesen die Initiatoren die Unterschrift des schwarzen französischen Theatermachers Dieudonné explizit wegen dessen antisemitischer Ausfälle zurück. Eine solch inhaltlich begründete und notwendige Trennlinie ist begrüßenswert.

Die Demonstration am 8. Mai

Die Demonstration der „Eingeborenen der Republik" zum 8. Mai – Jahrestag nicht nur des Kriegsendes in Europa, sondern auch des kolonialen Massakers in den algerischen Städten Sétif und Guelma – fand tatsächlich statt. An ihr nahmen rund 3.000 Menschen teil, was nicht so schlecht ist, zumal angesichts des massiven Gegenwinds in den großen Medien. Sie zogen von der zentral gelegenen Place de la République in die vorwiegend von Immigranten bewohnten Viertel im Pariser Norden.

Dass die Teilnehmerzahl damit (relativ) stattlich ausfiel, hängt auch damit zusammen, dass die Koordinierung der Sans papiers-Bewegung (Selbstorganisation der „illegalen" Immigranten) wie auch die demokratische Opposition Togos zu dem Marsch mobilisiert hatten. In dem westafrikanischen Land Togos herrschte 38 Jahre lang der, von Frankreich unterstützte, „Präsident auf Lebenszeit" Eyadema Gnassingbé. Als dieser im Februar 05 endlich unter die Erde kam, setzte die Armee aber seinen Sohn Faure Gnassingbé als Präsidenten ein. Bei einer von Manipulation geprägten Wahl wurde „Bébé Gnass" am 24. April angeblich im Amt bestätigt. Während die USA und die übrige EU auf Abstand gingen, unterstützt das offizielle Frankreich weiterhin den Diktator. Wie bereits am 1. Mai, nahmen auch am 8. Mai mehrere hundert Immigranten aus Togo (das kleine Land zählt vier Millionen Einwohner, und nur wenige tausend Einwanderer in ganz Frankreich) an einem sehr kraftvollen Demoblock teil. An der, sehr lebendigen, Spitze der Demonstration wurden Transparante zur Erinnerung an die Massaker der französischen Kolonialmacht vom 8. Mai 1945 in Algerien getragen. Dabei wurde aber stets auf den Doppelcharakter des Datums – „Tag der Freude, Tag der Trauer/des Massakers" – hingewiesen, um keine Relativierung des Sieges über den NS aufkommen zu lassen.

In weiteren Demoblöcken forderten Schwarze „Reparationen für die Sklaverei". Umstritten blieb die Präsenz des französisch-kamerunischen Schauspielers Dieudonné M'bala, der aufgrund seiner wiederholten antisemitischen Ausfälle von den OrganisatorInnen für unerwünscht erklärt worden. Mehrere Persönlichkeiten etwa von der französischen KP verließen den Sammelplatz wegen der Anwesenheit von „Dieudo". Dieudonné und seine Bodyguards verließen ihrerseits den Demozug vor der Hälfte der Strecke.

Die Abschlusskundgebung fand, nach einem Zug durch die „Araberviertel" bei der Metrostation Barbès, vor der Kirche Saint-Bernard im Pariser Norden statt. Sie symbolisiert nach wie vor die erste starke Welle von „Sans papiers"-Kämpfen, die im Frühjahr und Sommer 1996 zu einer Welle von (u.a.) Kirchenbesetzungen führten.

Bernhard Schmid, Paris ■

Krise der FPÖ führt zur Parteispaltung

Für die Krise der FPÖ gibt es zwei Gründe: einen tiefliegenden und einen aktuellen.

Seit der Regierungsbeteiligung hat die FPÖ- mit der Ausnahme Kärntens – bei sämtlichen Wahlen – großteils dramatisch – verloren. Sie betrieb eine stramm neoliberale Politik – in scharfem Kontrast zu ihrer rechtspopulistischen Propaganda. In nur fünf Jahren schrumpfte ihr Stimmenanteil von 27 auf unter 10 Prozent.

Als Konsequenz dieses Niedergangs verschärfte der offen rechtsradikale Flügel der FPÖ seine Attacken von Tag zu Tag. Haider, seine Schwester Haubner – die nominelle Parteichefin – und die FPÖ-Regierungsmannschaft sahen keine Möglichkeit mehr, mit den „Talibans" (eine Formulierung Haiders) zusammenzuarbeiten. Sie organisierten eine Spaltung „von oben" und gründeten die „orange" BZÖ („Bewegung für die Zukunft Österreichs").

Trotz Neugründung besteht das gleiche Dilemma wie zuvor. In der Regierung muss die BZÖ die neoliberale Politik mitexekutieren. Die Funktionäre der „neuen" Partei, ihre Mitglieder, ihr Klientel hat sich im Wesentlichen nicht geändert. Um ein typisches Beispiel zu erwähnen: In den letzten Wochen wurden von zwei Politikern die Existenz der Nazi-Gaskammern relativiert bzw. Deserteure der Hitler-Armee als „Kameradenmörder" beschimpft. Im ersten Fall handelt es sich um einen Mandatar der FPÖ, im zweiten Fall des BZÖ...

Haider ist nunmehr offiziell wieder ‚leader of the gang'. Der Lack ist aber mächtig ab. Von seinem einstigen „Charisma" als – vorgeblicher – „Rächer der Enterbten" ist nur mehr wenig übrig geblieben.



Vergangene Zeiten: Jörg Haider 1990 als Wahlsieger in Kärnten

Der „neue" Führer der FPÖ Strache ist ein Hard-Core-Rechtsextremist. Er versucht Haider in „dessen besten Zeiten" zu imitieren – etwa mit dem Slogan „Wien darf nicht Istanbul werden". Nicht einmal in der eigenen Partei ist Strache jedoch ein „starker Mann": Mehrere Landesorganisationen haben sich für „selbständig" erklärt.

Andreas Mölzer, der einzige Abgeordnete der FPÖ im Europaparlament, der als „Vordenker" gehandelt wird, hat vor einigen Jahren versucht, ein europäisches Netzwerk rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien zu schaffen und organisierte auch einige diesbezügliche Treffen in Österreich. In letzter Zeit ist es um diese Bemühungen ziemlich still geworden. Erst recht wirkt die Spaltung der FPÖ nicht gerade hilfreich.

Die Chancen beider Parteien sind derzeit alles andere als rosig: in Meinungsumfragen liegen BZÖ bei 4 - 5, FPÖ bei 2 - 3 Prozent. Damit ist nicht einmal sicher, dass sie im nächsten Parlament vertreten sind.

Hermann Dworczak
13.5.2005 ■

Widerstand als Thema für die Jugend unserer Tage

Kolloquium am 8. Mai zur deutschen Widerstandsforschung und Vermittlung

Die VVN-BdA und der Studienkreis Deutscher Widerstand haben sich in einem gemeinsamen Kolloquium für die verstärkte Vermittlung der Erfahrungen des Widerstandes gegen den deutschen Faschismus an die Jugend ausgesprochen. Zum 8. Mai sei zwar die Erinnerung an die Opfer und die Täter wachgehalten worden, aber dabei blieb das Andenken an den Widerstand weitgehend ausgespart.

Allein die bereits vor 1945 international bekannt gewordenen Widerstandskreise wie 20. Juli und Weiße Rose würden gewürdigt. Das stellte Prof. Karl Heinz Jahnke in seiner Bilanz zu seinen 40jährigen Forschungsarbeiten besonders zum Jugendwiderstand fest. Die einseitige Betonung vor allem dieser beiden Widerstandsgruppen habe offenbar seine Begründung in der Missachtung des Arbeiterwiderstandes durch die bürgerliche Geschichtsschreibung und in dem Versuch, den Widerstand als eine exklusive Handlungsweise großer Helden darzustellen, um von der eigenen Untätigkeit abzulenken. Zitiert wurde auf dem Kolloquium die Schwester von Hans und Sophie Scholl, Elisabeth Hartnagel, die nicht möchte, dass ihre Geschwister als „Helden“ verehrt werden, denn „das wäre eine Entschuldigung für die anderen“, die sich nicht zum Helden geboren sähen.

Jahnke wies darauf hin, dass in der Zeit von der ersten Flugblattverteilung der Weißen Rose im Juni 1942 bis zur letzten Gerichtsverhandlung gegen Weißen-Rose-Mitglieder im Oktober 1943 49 ebenfalls sehr junge Widerstandskämpfer verurteilt und hingerichtet wurden. Sie seien weithin unbekannt geblieben. Ulrich Sander stellte seine biographische Studie „Jugendwiderstand im Kriege – Die Helmuth-Hübener-Gruppe“ vor. Er schilderte seine Bemühungen um eine vom Fernsehen geleistete Würdigung des mit 17 Jahren jüngsten hingerichteten deutschen Widerstandskämpfers, eines christlichen Gläubigen und Lehrlings aus Hamburg. Diese Würdigung unterblieb; die Intendanten wiesen auf ihre vielen Produktionen zum 8. Mai 2005 hin – doch darunter keine zum Widerstand.

Dr. Ursula Krause-Schmitt vom Studienkreis Deutscher Widerstand referierte zur Vermittlung des Wissens über den Widerstand an die schulische wie außerschulische Jugend. Die Aktion Stolpersteine, bei der vor dem früheren Wohnsitz von Ermordeten kleine Erinnerungssteine gesetzt werden, könne sich als ein wirkungsvolle Form des Erinnerns erweisen, die weit über den 60. Jahrestag hinaus wirke. Alternative Stadtrundgänge, nun zumeist ohne Vertreter der Zeitzeugengeneration durchgeführt, sind ebenso weiterhin Lernformen wie die weitere Arbeit mit Ausstellungen aktuell bleibe.

Besorgt äußerten sich viele der Diskutanten und Referenten – unter ihnen auch NS-Opfer aus dem In- und Ausland – über die Gefahr des Einschlafens der Erinnerungsarbeit im Anschluss an die gegenwärtige Schwemme von Hervorbringungen zur NS-Zeit aus Anlass des 60. Jahrestages. Die Erinnerungsarbeit mit den Beispielen jugendlicher antifaschistischer Widerstandskämpfer soll daher verstärkt werden.

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW ■



Unter verschiedenen Blickwinkeln behandeln die Beiträge dieser Ausgabe der „informationen“ das Ende von zwölf Jahren Herrschaft des deutschen Faschismus. Thematisiert werden Erinnerungen eines KZ-Überlebenden, Kriegskindheit, Rückkehr aus dem Exil, frühe Nachkriegsfilme und Grundelemente heutiger Geschichtspolitik mit jener Zäsur, die in Deutschland in vielfältiger Hinsicht gar keine war. Zwei Elemente durchlaufen das Heft wie ein roter Faden: Thomas Manns Worte an „Deutsche Hörer!“, gesprochen in den Jahren 1940 - 45 im BBC und die Verbrechen der letzten Kriegstage, dokumentiert in den Heimatgeschichtlichen Wegweisern.

Einzelheft 5,50 Euro, Abonnement 11 Euro jährlich, zu beziehen über:

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V., Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/M.
kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de
www.studienkreis-widerstand-1933-45.de

Auszüge aus dem Vortrag von Ulrich Sander über Helmuth Hübener auf dem Kolloquium

„Für Wahrheit und Gerechtigkeit. Der gläubige Widerstandskämpfer Helmuth Hübener. Ein Lehrstück im Umgang mit einer außerordentlichen jugendlichen Widerstandsbiographie – Möglichkeiten ihrer Nutzung im Unterricht zum Thema Widerstand gegen den Faschismus.“

I.

„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Welt noch einmal in einen Krieg zu stürzen, so steht am Ende nicht der Sieg des Bolschewismus, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa...“ Diese Ankündigung von Weltkrieg und Holocaust durch Hitler in seiner Rede am 30. Januar 1939 konnten alle Deutschen im Gemeinschaftsempfang hörten. Sie konnten alle wissen, was war und was sein wird, wenn es keinen Widerstand gibt.

Am 8. Januar 2005 wäre Helmuth Hübener 80 Jahre alt geworden. 1933 acht Jahre alt, war er der jüngste deutsche Widerstandskämpfer, der vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde. Mit 17 Jahren wurde er am 27. Oktober 1942 hingerichtet. Hingerichtet durch das Fallbeil, ermordet von der Nazi-Blutjustiz. Hübener war erst 17, der jüngste aller 1.574 in Plötzensee Ermordeten. Keiner seiner Richter wurde bestraft.

Das obige Zitat aus Hitlers Rede war auch Helmuth Hübener bekannt. Alle konnten es wissen. Die Nazis führten Krieg, um den gesellschaftlichen Fortschritt und seine Träger, die „Bolschewisten“, und die Juden auszurotten und sich gewaltige Territorien und Weltmacht anzueignen. Über dies Wissen-Können haben die verschiedensten Zeitzeugen später offen gesprochen.

So Martin Niemöller. Er hat am 3.7.1946 in Stuttgart eine Rede gehalten, aus der ich eine Szene zitieren möchte: „Dort (auf einer Tafel im ehem. KZ Dachau) stand zu lesen: ‚Hier wurden in den Jahren 1935-1945 238.756 Menschen verbrannt.’ Als ich es gelesen hatte, merkte ich, dass meine Frau ohnmächtig wurde und an meinem Arm zitternd hinsank. ... ich merkte zugleich, wie mir ein kalter Schauer über den Rücken lief. ... (Die Zahl) sagte mir nichts Neues. Was mich in diesem Augenblick in einen kalten Fieberschauer jagte, ... das waren die anderen zwei Zahlen: ‚1933-1945‘. ... Mensch, wo bist du gewesen? Ja, ich weiß, Mitte 1937 bis zum Ende hast du dein Alibi. Aber, du wirst gefragt: ‚Wo warst du 1933 bis zum

1. Juli 1937?‘ ... 1933, richtig: Hermann Göring rühmte sich öffentlich, dass die kommunistische Gefahr beseitigt ist. Denn alle Kommunisten... sitzen nun hinter dem Stacheldraht der neu gegründeten Konzentrationslager. ... Martin Niemöller, wo bist du damals gewesen?“ (aus Niemöller Reden, Stimme Verlag Darmstadt, 1958)

Ein zweites Beispiel für das Wissen-Können: In der ersten Szene des Films „Der Untergang“ sagt die echte Traudl Junge, bis zu Hitlers Tod dessen Sekretärin, als alte Frau rückblickend: „Ich hab das Gefühl, dass ich diesem Kind, diesem kindischen jungen Ding bös sein muss oder dass ich ihm nicht verzeihen kann, dass ich die Schrecken ... dieses Monster nicht rechtzeitig erkannt hab. ... Aber da war die Neugier zu groß. ... Und trotzdem, es fällt mir schwer, mir das zu verzeihen.“ Und ganz am Schluss spricht die alte Frau in die Kamera: „Natürlich habe ich ... diese Schrecknisse durch den Nürnberger Prozess, diese 6 Millionen Juden und, und andersgläubige oder andersrassische Menschen, die da umgekommen sind, als eine ganz erschütternde und fürchterliche Tatsache empfunden. Aber ich habe noch nicht den Zusammenhang hergestellt mit meiner eigenen Vergangenheit. Aber eines Tages bin ich an der Gedenktafel vorbeigegangen, die für die Sophie Scholl an der Franz-Joseph-Straße befestigt war, und da habe ich gesehen, dass sie mein Jahrgang war und dass sie in dem Jahre, als ich zu Hitler kam, hingerichtet worden ist. Und in dem Moment hab ich eigentlich gespürt, dass das keine Entschuldigung ist, dass man jung ist, sondern dass man auch hätte vielleicht Dinge erfahren können.“

Und nun zum Wissen-Können des Helmuth Hübener. Nein, zum Wissen und Handeln! Schon im Sommer 1941 brachte Helmuth Hübener als 16-Jähriger und offenbar unter dem Einfluss einer linken Jugendclique in Altona diesen kurzen Text auf Streuzetteln unter die Leute:

„Hitler hat die alleinige Schuld. Durch den uneingeschränkten Luftkrieg wurden bisher mehrere Hunderttausende wehrlose Zivilpersonen getötet. Die R.A.F. ist nicht schuld an diesem Morden! Denn ihre Flüge sind nur die Vergeltung für den mit Warschau und Rotterdam durch die deutsche Luftwaffe eingeleiteten Mord wehrloser Frauen und Kinder, Krüppel und Greise.“

Wer heute durch die Hamburger Stadtteile Hamm, Hammerbrook und Rothenburgsort geht, findet an fast jedem Haus die Tafel „Zerstört 1943, wiederaufgebaut 195..“ Diese Tafeln wie auch das rote Plakat zur Hinrichtung Hübeners, wie auch das Schild für Sophie Scholl oder diejenigen Tafeln von Dachau – sie bestätigen die Warnungen Hübeners. Man konnte wissen. Und ein junger Mann wie Hübener wagte sogar zu handeln. Auch die Interessiertheit des großen Geldes an Krieg und Bombardierungen thematisierte Hübener in einem Flugblatt von 1941: „Wenn die R.A.F. jemals dazu kommt, Berlin zu bombardieren, will ich M e i e r heißen, sagte er (Göring) zu Beginn des Krieges. Heute zeigen die Straßen Berlins schon deutliche Spuren der britischen Luftoffensive. Doch Göring ist immer noch Göring – und er freut sich, daß er es ist. ... Wohl kann der Luftmarschall der Nazis noch immer eine horrende Dividende – er ist eben ein gerissener Kriegsgewinnler und Geschäftsmann – aus seinen Rüstungswerken ziehen, doch der Traum von der uneingeschränkten, immer zunehmenden Luftüberlegenheit seiner Fliegerarmada geht dem Ende immer mehr entgegen. Es wird ein böses Erwachen geben.“

Es wird gesagt, die Jugend heute habe von ihren Opas erfahren, dass diese im Krieg nichts Unrechtes getan und vom Unrecht nichts erfahren hätten. Eine solche „Vergangenheitsbewältigung“ ist in neusten Jugend-Studien nachzulesen. Hübener wäre heute sicherlich auch ein Opa; was er seinen ungeborenen Enkeln zu sagen hat, liegt jetzt vor: Dreißig Flugblatt-Texte, Einschätzungen, Berichte, alle entstanden zwischen Sommer 1941 und Februar 1942, als er verhaftet wurde. Er hatte das getan, was heute viele Jugendliche tun: Er hat sich in internationalen Medien informiert, damals war das lebensgefährlich, aber möglich. Er hat Auslandssender verbotenerweise abgehört und aus den gewonnenen Informationen seine Texte in die Maschine getippt, – mit vielen Durchschlägen, die dann von ihm und drei Freunden, die später zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, an die Anschlagtafeln der NSDAP, die Kästen des STÜRMER und an Telefonzellen geheftet und anderweitig verbreitet wurden.

Hübener gab jedoch nicht nur das Gehörte weiter. Hübeners „Schriften zeugen von analytischem Verstand und brillanten journalistischen Fähigkeiten. Und sie widerlegen die Mär der kollektiven Unwissenheit der Deutschen,“ schrieb Birgit Gärtner in NEUES DEUTSCHLAND. Nachts im Wohnzimmer der Großmutter am Luisenweg in Hamburg-Hammerbrook, das Radio des Bruders Gerhard nutzend, schrieb er glänzende Kommentare, Gedichte, Pamphlete. Hätte Hübener seine Chance zur journalistischen Nachkriegskarriere gehabt, er hätte sie vermutlich nicht in den etablierten Medien fortsetzen können. Die jetzt zugänglichen illegalen Texte von damals und die Schilderung seines Lebens sind zu sehr abweichend von den bekannten Biografien und Äußerungen derer aus der Springer- und Augstein-Presse der Nachkriegszeit.

Thomas Mann: Deutsche Hörer!

29. Mai 1944

Die deutsche Bevölkerung weiß im Grunde, daß Deutschland nur empfängt, was es ausgeteilt hat, und sie erinnert sich des Wortes, daß, wer da Wind sät, Sturm ernten wird. Es mag wohl sein, daß ihr Deutschen den angelsächsischen Völkern moralisch nicht zugetraut hättet, was sie jetzt tun. Aber es ist nur ein Widerschein dessen, was Nazi-Deutschland den anderen Völkern angetan hat und noch immer fortfährt, ihnen anzutun.

1. Januar 1945

Die Welt braucht Frieden, um Lebens und Sterbens willen braucht sie ihn, und darum kann sie den Nationalsozialismus, der keinen anderen Sinn und Zweck hat als Krieg, nicht brauchen. Koste es, was es wolle, an Zeit und Opfern, - die Erde muß von ihm befreit, die Menschen von ihm erlöst werden.

aus „Informationen“ Nr. 61

II.

Warum haben diejenigen, die etwa der selbe Jahrgang wie Helmuth Hübener sind, nur so große Schwierigkeiten, sich zu dem Gleichaltrigen zu bekennen? Warum gibt es keine Fernsehfilme über ihn? Seit über 55 Jahren liegt die Urteilsschrift gegen „Hübener und drei andere“ vor. Der ehemalige Widerstandskämpfer Franz Ahrens von der VVN hat sie 1948 veröffentlicht. Warum wird sie nicht seit dieser Zeit in den Schulbüchern zitiert? Hätte der Gleichaltrige vielleicht die Reden der Lehrer und die Schriften der Journalisten, die bis Mitte der achtziger Jahre Dienst taten, Lügen gestraft? Die Reden der Opas, dass man nichts wissen und nichts tun konnte, und dass die Täter immer die anderen waren?

In dem bisher unveröffentlichten Flugblatt Hübeners „Es gibt im ostasiatischen Kampfraum...“ vom Jahreswechsel 1941/42 heißt es: „Das Jahr 1942 wird die Entscheidung bringen. Vielleicht im Osten, in Afrika oder gar in Asien? Das glaubt doch Hitler wohl selber nicht. Die Entscheidung wird an einem anderen Platze fallen. Sie wird fallen, wenn dem schon lange in Finsternis gehaltenen deutschen Volk ein Licht aufgeht, wenn es der unsäglichen Kriegslasten müde ist und gerne die Bürde abwerfen möchte. Das Jahr 1942 wird entscheiden. Und dem deutschen Volk, jedem Deutschen, auch wenn er jetzt widerwillig feldgrau in Schnee und Eis oder in der Gluthitze Afrikas am – von Hitler und Genossen provozierten – Blutbad teilnehmen muss, bleibt diese Entscheidung vorbehalten. Allen, auch den Witwen und Waisen, den Opfern hitleristischer Blutgier, ist es vorbehalten, sich zu rächen an dem Mann, der schuld an all dem ungezählten Leid ist, der schuld dran ist, daß unzählige deutsche Soldaten der unbeschreiblichen Kälte wegen in mangelhafter Winterausrüstung auf verlorenem Posten ihre Gesundheit verlieren, daß Hunderttausende vergeblich warten. Entscheidet Euch, noch kann eine entschiedene Tat Euer Volk und Land vor dem Abgrund retten, an den Hitler es mit süßen Worten geführt hat. Entscheidet Euch – eh es zu spät ist!!“ ⟶

III.

Gegenwärtig werden wir mit einer Fülle von Betrachtungen über den Bombenkrieg gegen Deutschland und seine „Kriegskinder“ bedacht. Nicht nur die NPD, die Vertriebenenverbände und die FAZ versuchen, die Deutschen zu den eigentlichen Kriegsopfern zu stilisieren. Antifaschistische Zeitzeugen des Bombenkrieges und Kenner ihrer Ursachen kommen wenig zu Wort. Es sollte auch Helmuth Hübener zu Wort kommen. Er hatte der arbeitenden Bevölkerung in einem „marxistischen“ (Gestapo-Feststellung) Stadtteil die Wahrheit über ihre Lage gesagt und zugleich die Ursachen für die schweren Bombenangriffe verdeutlicht: Dass der Bombenkrieg von Deutschland ausgegangen war, dass Hamburg und Dresden und die anderen Städte in Deutschland unversehrt geblieben wären, wenn der Krieg der Nazis verhindert worden wäre.

Seine Texte erschienen den Nazis so gefährlich, dass sie den Prozess gegen Hübener und die drei anderen nicht in Hamburg, sondern vor dem „Volksgerichtshof“ in Berlin machten und den 17-Jährigen zum Tode verurteilten.

Der 17-Jährige hat ohne politische Anleitung in Hamburg – mitten im Krieg und zu einer Zeit, als es mit Hitlers Krieg noch gut voranging – ein Flugblatt herausgegeben, um seine Altersgenossen anzusprechen, die Kriegskinder, wie sie später genannt wurden: „Das ist also die weit und breit gepriesene HJ: Eine Zwangsorganisation ersten Ranges zur Heranziehung nazihöriger Volksgenossen. Hitler und seine Komplizen wissen, dass sie euch von Anfang an den freien Willen nehmen müssen, um gefügige, willenlose Elemente aus euch machen zu können. Denn Hitler weiß, daß seine Zeitgenossen ihn langsam zu durchschauen beginnen, ihn den Unterdrücker freier Nationen, den Mörder von Millionen. Darum rufen wir euch zu: Laßt euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen.“ Für solche Worte mußte der Verfasser sterben.

In der Begründung des Todesurteils wurde dem Verfasser, dem Lehrling in der Sozialbehörde Helmuth Hübener bescheinigt: „Die Überprüfung seines allgemeinen Wissens, seiner politischen Kenntnisse und seiner Urteilsfähigkeit sowie sein Auftreten vor Gericht und sein Gehabe ergaben durchweg das Bild eines geistig längst der Jugendlichkeit entwachsenen frühreifen jungen Mannes. Damit war der Angeklagte wie ein Erwachsener zu bestrafen“. Die Todesstrafe sei auch deshalb notwendig, weil Hübener und drei Freunde obiges und über 50 weitere Flugblätter „in einem Arbeiterviertel einer Stadt verbreitet hat, in der zufolge der schweren Luftangriffe, denen diese ausgesetzt ist, die Gefahr einer zersetzenden Wirkung besonders groß ist, zumal nach den Bekundungen des Kriminalbeamten M. auch heute noch nicht davon gesprochen werden kann, dass der Marxismus in Hamburg völlig ausgerottet ist.“

Zwei Hauptbegründungen für das grausame Urteil wurden also hervorgehoben:

- die Zielgruppe Arbeiterfamilien und
- die Zielgruppe Betroffene des Bombenkriegs.

Der junge vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode Verurteilte, hatte der arbeitenden Bevölkerung - in einem „marxistischen“ Stadtteil - die Wahrheit über ihre Lage gesagt und zugleich die Ursachen für die schweren Bombenangriffe auf Hamburg verdeutlicht, die bei Deutschland lagen: „Churchill sagte: Wenn es sein muss, bringen unsere tapferen Bombenflieger Tod und Verderben über Nazi-Deutschland! Wir wünschen es nicht, haben es nie gewollt, doch der Tod vieler tausender hingemordeter Menschen in Rotterdam, Belgrad und nicht zuletzt in Frankreich, Norwegen und Polen, das Blut vieler freiheitsliebender Brüder in dem durch Gestapo-Terror niedergehaltenen Europa darf nicht ungesühnt bleiben.“

... Jetzt, da wie schon in den fünfziger /sechziger Jahren – die Deutschen zu Angehörigen einer Opfernation gemacht werden sollen, die von allem nichts wussten und auch nichts dagegen tun konnten, sei an die Warnungen eines Helmuth Hübeners erinnert, der schon früh die Ursachen der alliierten Bombardierungen benannte.

IV. (...)

V.

Es sei mir gestattet, über meine Hübener-Recherchen seit 1960 etwas auszuführen, ferner über meine Motive. Die Frage, wieso ich mich seit Jahrzehnten um das Andenken Helmuth Hübeners bemühe, beantworte ich mit einer Geschichte: Als Schüler las ich die bekannte „Reportage unterm Strang geschrieben“ von Julius Fucik, geschrieben in Gestapohaft. Darin die Worte: „Die ihr diese Zeit überlebt, vergesst nicht. Sammelt geduldig Zeugnisse von den Gefallenen. Sucht Euch einen von ihnen aus und seid stolz auf ihn als einen großen Menschen, der für die Zukunft gelebt hat.“ Ich suchte mir Helmuth Hübener aus. Seite 1960 publiziere ich über ihn. Die Schilderung, die Günter Grass in „Örtlich betäubt“ über Hübener vornimmt, zitiert er aus einem Zeitungsartikel von mir. In dem Roman nimmt ein Schüler Helmuth Hübener als Vorbild an und hält ihn seinem Lehrer vor, der sich mit seiner Anti-HJ-Jugendbande brüstet. Außerdem verurteilt der fiktive Schüler der 68er Generation den damaligen Kanzler Kiesinger (CDU, vormals NSDAP).

Viele lange Jahre dauerte es, bis ich Helmuths Akten kennenlernen durfte. Die Behörden in Hamburg und in Berlin/West, wo die Akten lagerten, weigerten sich zu helfen. Einen Teil der Akten besorgte dann in den sechziger Jahren das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus Beständen der DDR. In Hamburg aber redeten die Behörden sich darauf raus, daß die Geschwister Scholl Jugend, der ich angehörte und die über mehrere junge Widerstandskämpfer forschte, nicht „anerkannt“ und der „verbotenen VVN“ zugehörig sei. ... Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der wir uns als Geschwister Scholl Jugend verbunden fühlten, war in den Hochzeiten des Kalten Krieges auf Landesebene in Hamburg verboten worden. Das war die Zeit, da ein Ministerialdirektor Roemer im Bundesjustizministerium arbeitete, der 1943 die Vollstreckung des Todesurteils gegen die Geschwister Scholl geleitet hatte. Das war die Zeit, da der Hamburger Gestapo-Mörder und Reichssicherheitshauptamtchef Streckenbach in Hamburg auf freien Fuß gesetzt wurde und Willi Dusenschön, der KZ-Kommandant vom KZ Fuhlsbüttel, dort wo Hübener und seine Freunde eingesperrt waren, wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen wurde.

1963 – nach drei Jahren – erhielt ich Einblick in die Akten, die beim Berlin Dokument Center der USA lagerten. Ich hatte mich inzwischen direkt dorthin gewandt und man machte mir die Auflage, Zustimmungsbescheinigungen der in den Akten aufgeführten noch lebenden Zeitzeugen zu erbringen. Im Mai 1963 legte ich die Bescheinigungen von den Brüdern Helmuth Hübeners, Gerhard und Hans Kunkel, von den Mitangeklagten Karl Heinz Schnibbe und Rudolf Wobbe vor. Auch der Vertreter des Bundesinnenministers in Berlin/West gab endlich die Erlaubnis zur Akteneinsicht, und auch die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage, die Mormonen, half.

Im April 1967 meldete sich das Münchener Institut für Film und Bild und bot mir einen Vertrag an, um eine Tonbildreihe für die Schulen über Helmuth Hübener zu erstellen. Offenbar griffen wieder – wie bei den Hamburger und Westberliner Behörden im Jahre 1961 – unliebsame Geister ein, denn der Briefwechsel mit dem Institut endete abrupt, und die Tonbildreihe wurde nie erstellt. In jener Zeit wurde meine Post überwacht, daraus erwuchs ein Verfahren wegen Einfuhr verfassungsfeindlicher Schriften. Bei einer Vernehmung im Amtsgericht Wiesbaden wurde mir bereits im Oktober 1964 vorgehalten, Schriften aus der DDR bezogen zu haben, für die Deutsche Friedens-Union gearbeitet zu haben, eine Rede auf einer Geschwister-Scholl-Gedenkfeier gehalten und gegen die Ermordung von Julian Grimau durch die Franco-Faschisten protestiert zu haben. All dies ging aus einer Akte aus Hamburg hervor, aus der der Amtsrichter mir vorlas.

Das Unterrichtsmaterial über Helmuth Hübener kam also nicht zustande. Was zustande kam, waren zahlreiche Artikel und der grundlegende Hübener-Beitrag in dem Buch „Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand“ von Ursel Hochmuth und Gertrud Mayer. Einer meiner Artikel wur-

de relativ weit verbreitet, und dadurch wurden Literaturfachleute im In- und Ausland auf Hübener aufmerksam. In den USA machten Wissenschaftler, die meine Beiträge lasen, den Wohnsitz der Brüder Kunkel sowie von Rudi Wobbe und Karl-Heinz Schnibbe aus, die nun in Salt Lake City lebten. Zutreffend nahmen die Wissenschaftler an, dass Mormonen wie Hübener in Utah Freunde und Hinterbliebene haben könnten; somit suchten sie erfolgreich dort nach Überlebenden der Hübener-Gruppe. Es entstanden in USA Jugendtheaterstücke, Fernsehbeiträge und Lehrmittel über Hübener.

... Die Mormonen halfen mir uneingeschränkt bei der Spurensuche nach Helmuth Hübener in Horn, Hamm und in ganz Hamburg. Allerdings war Hübener nicht der Widerstandskämpfer, der vor allem vom Glauben geprägt ans Werk ging. Es gibt in den Flugblättern nur wenig religiöse, aber sehr viele humanistische Bezüge. Man kann sagen, er hat sich von den großen humanistischen Dichtern und Denkern leiten lassen. Eine Art mormonischen Widerstand hat es in Deutschland nicht gegeben und Hübener kann nicht als Beleg dafür herangezogen werden. In dem Spannungsverhältnis, in das ihn seine Kirche stellte, nämlich der Obrigkeit zu gehorchen und gleichzeitig für Wahrheit und Gerechtigkeit – hohe mormonische Ziele – zu handeln, entschieden sich Helmuth Hübener und auch seine Freunde Karl Heinz Schnibbe und Rudolf Wobbe für den Kampf gegen die Lüge, gegen Krieg, gegen Unrecht, gegen die Obrigkeit.

Helmuth Hübener ist für uns sehr aktuell. Er hatte gewarnt: „Zu Tausenden wird Hitler Eure Frauen und Kinder zu Witwen und Waisen machen, und der von Hitler begonnene Bombenkrieg wird unzähligen Deutschen das Leben kosten. Eine weitere Mahnung von Helmuth Hübener ist heute aktuell: Wenn alles sich rührt, haben die Nazis und alle Rechtskräfte auskalkuliert.

Dies ist die Stunde, sich gegen neuen Ungeist, neue Nazis, neuen Rassismus, gegen den Krieg zu rühren. Damit nie wieder ein so großer Mut zum sich Wehren notwendig wird, wie zu Helmuth Hübeners Zeiten, muss jetzt gehandelt werden.

Es bestehen Möglichkeiten, sich ein Bild zu machen über Helmuth Hübener:
Ulrich Sander: Jugendwiderstand im Krieg – Die Helmuth Hübener Gruppe 1941/42200 Seiten, 20 Abb., 19 Flugblatt-Texte, gebunden, 14,90 EUR, Pahl Rugenstein 3-89144-336-6, Bonn 2002, „Bibliothek des Widerstandes" der VVN-BdA

Ein weiterer wichtiger Hinweis: Ein DVD-Film aus den USA „Truth and Conviction - The Helmuth Hübener Story" kann bei HLT Buch Matthias und Christina Hund, Genholter Str. 108, 41379 Brüggen, 02163/575798 (Fax) oder unter matthias@mdhund.de ausgeliehen werden. Er wurde von der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage gesponsert.

„Menschen unter Landkreisarrest in Deutschland"

THÜRINGEN. Eine neue Initiative im regionalen Thüringer Kampagnennetzwerk für die Abschaffung der Residenzpflicht wird im Mai 2005 ihre Aktivitäten mit der FORST FILM TOUR in Zusammenarbeit mit The VOICE Refugee Forum einleiten. Die Initiative wurde von selbstorganisierten StudentInnen und jugendlichen AktivistInnen ins Leben gerufen. „Die FORST FILM TOUR" findet vom 10. bis zum 28. Mai in Jena, Arnstadt, Eisenberg, Erfurt und Weimar statt. Gezeigt wird der Film „Forst", der auf dem Filmfestival in Graz/ Österreich „diagonal05" den Preis für den besten Dokumentarfilm erhielt. (http://www.forstfilm.com)

Der Film „Forst"

Der Film „Forst" ist kritische Medienkunst in seiner Herausforderung der Solidarität mit dem Kampf der Flüchtlinge und gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen aus der Gesellschaft. „Forst" ist ein Kunstwerk, das sowohl avantgardistisch als auch stark reflexiv ist. Die Überlegungen, Aussagen, Monologe und Dialoge der Flüchtlinge, ohne dass man sie im Film sieht, enthüllen die Zeichen ihrer unsichtbaren Realität.

Der Kampf der Flüchtlinge und ihr Protest gegen Isolation und Ausgrenzung in den Wäldern werden dargestellt, um ihren täglichen mutigen Widerstand zu verstehen.

Der Film wurde innerhalb und in der Umgebung der ehemaligen „Aufnahmezentren" Jena-Forst und Tambach-Dietharz im Thüringer Wald gedreht. Diskussionen sowie Informationen zum Kampagnennetzwerk ergänzen die Tour. Alle sind herz-lich willkommen!

Tour Stationen: Nach Jena und Arnstadt am 18.5.05 in Eisenberg / Wasserturm, Erfurt 21.5.05/ Offene Arbeit, Weimar 27.5.05/ Mon Ami und Weimar 28.5.05/Bauhaus-Uni. Die Tour wird von Diskussionen, Ausstellungen, Percussion und Konzerten sowie einer internationalen Kulturnacht am 27.05.05 in Weimar (Mon Ami) begleitet.

Mehr Informationen unter:
http://www.forstfilm.com
http://www.thevoiceforum.org
http://www.thevoiceforum.org/may2005inivitation ■

Spenden sind willkommen und werden dringend gebraucht: Förderverein The VOICE e.V., Sparkasse Göttingen, Kto.Nr. 127 829, BLZ 260 500 01, Stichwort „mayevent". http://www.thevoiceforum.org

Doppelpass: Bußgelder für die Betroffenen

KÖLN. Durch die so genannte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 1. Januar 2000 wurde Personen, die eine weitere Staatsbürgerschaft erworben haben, automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Durch diese Regelung stehen nun im gesamten Bundesgebiet – eine große Zahl auch in NRW – mehrere Tausend „Neu-Deutsche" (vor allem Menschen aus der Türkei) vor dem Dilemma, ihre Staatsbürgerschaft zu verlieren.

Erklärung zur Staatsangehörigkeit für die Landtagswahl 2005

Seit dem 1. Januar 2000 verlieren Deutsche kraft Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie eine ausländische Staatsangehörigkeit erwerben. Diese Rechtsfolge tritt nur dann nicht ein, wenn sie vor dem Erwerb die Genehmigung der zuständigen Einbürgerungsbehörde erhalten haben, die deutsche Staatsangehörigkeit beizubehalten. Personen, die ab dem 1. Januar 2000 eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben, ohne dies der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen, werden im Melderegister ihrer Gemeinde irrtümlich noch als deutsche Staatsangehörige geführt.

Nach Mitteilung der türkischen Regierung haben bundesweit ca. 50.000 ehemals türkische Staatsangehörige nach der Einbürgerung in Deutschland die türkische Staatsangehörigkeit wieder angenommen. Es besteht deshalb die Gefahr, dass ein erheblicher Teil dieser Personen an der Landtagswahl am 22.05.2005 unberechtigt teilnimmt. **Das Wahlrecht besitzen nur Deutsche.** Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt und dennoch wählt, kann wegen Wahlfälschung bestraft werden.

Ich bitte Sie daher, zur Berichtigung des Melderegisters folgende Frage zu beantworten:

Haben Sie ab dem 1. Januar 2000 die türkische Staatsangehörigkeit angenommen, ohne zuvor eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten zu haben?

1 Ocak 2000´den itibaren Alman vatandasi olmaniza ragmen, bunun yani sira müsaade almayarak Türk vatandasligi´na gectiniz mi?

☐ **Ja (Evet)** ☐ **Nein (Hayir)**

....
(Ort, Datum) **(Unterschrift)**
(Yer, tarih) **(Imza)**

Zur Erteilung dieser Auskunft sind Sie nach dem Meldegesetz rechtlich verpflichtet. Die Erfüllung dieser Pflicht kann erforderlichenfalls mittels Zwangsgeld durchgesetzt werden.

Bei Zweifeln wenden Sie sich bitte unverzüglich an die zuständige Ausländer- oder Einbürgerungsbehörde. Diese wird Ihnen auch den schnellsten Weg zeigen, wie Sie die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben können. Ehemaligen Deutschen kann unter erleichterten Voraussetzungen eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis erteilt werden.

Nicht zuletzt hatten türkische Behörden und Konsulate mitgeteilt, dass 50.000 Personen „unter der Hand" – in den meisten Fällen sogar durch Empfehlung der Botschaften selber – ihren sog. Herkunftspass beibehalten haben.

Nach Bekanntmachung dieser Situation wurde schlagartig eine Diffamierungskampagne gegen Menschen mit Migrationshintergrund begonnen, die die Betroffenen zu „Tätern" machte und eine neue Diskriminierungslogik verbreitete. Rechtspopulistische Bewegungen, vor allem auch die CDU/CSU, haben dies zum Anlass genommen, dies zu einer Wahlkampagne auf Kosten der Migranten umzuwandeln.

Die rot-grüne Landesregierung in NRW ist schließlich noch einen Schritt weiter gegangen und hat alle nach 2000 eingebürgerten Migranten ehemals tür-

kischsprachiger Herkunft in einem besonderen Eilverfahren selektiert und durch eine schriftliche Erklärung dazu verpflichtet, anzugeben, ob sie nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch die „türkische“ beantragt sowie erhalten haben.

Nun droht all denjenigen Personen im Raum Nordrhein-Westfalen, die keine Selbstanzeige bzw. schriftliche Erklärung abgegeben haben, ein Bußgeld in Höhe von 250 Euro. Von den im Kölner Raum angeschriebenen ca. 7.000 Personen wurden jetzt ca. 1.200 mit einer ersten Mahnung daran erinnert, dass sie verpflichtet sind, dieses Bußgeld zu zahlen. Trotz der Tatsache, dass der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens öffentlich erklärt hat, dass die NRW-Regierung „nicht diskriminieren, sondern helfen will“. Auch Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, erklärte während einer Wahlveranstaltung, dass die erleichterte Wiedereinbürgerung für Betroffene in Frage käme und keiner der Betroffenen mit einem Verfahren zu rechnen habe.

Doch Fakt ist, dass die Regelung des Bußgeldverfahrens in diesem Zusammenhang eine kontraproduktive Lösung ist und den Prozess der Integration sowie des Zusammenlebens hemmt. Ein Antrag der PDS Offenen Liste im Kölner Stadtrat, der auch von den Grünen unterstützt wurde, hat die Regelung von Bußgeldbescheinigungen als einen falschen Weg bezeichnet.

In der Ratsrede von Ratsfrau Özlem Demirel (PDS/OL) heißt es dazu:

„Meine Damen und Herren, ... wir als Kommune (sind) für die Ausführung verantwortlich. Und können hier entscheiden, wie wir damit umgehen. Nach Informationen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung haben auch weitere Deutsche im In- und Ausland seit dem 1. Januar 2000 während eines Auslandsaufenthalts einen zweiten Pass ohne eine Beibehaltungsgenehmigung angenommen... Wir können also davon ausgehen, dass das Problem weitaus größer ist, als wir denken.

... vor allem müssen wir den Betroffenen Beratungsmöglichkeiten bieten und alles dafür tun, dass sie schnell und problemlos wieder eingebürgert werden! ...

Lassen Sie uns unsere Möglichkeiten für eine wohlwollende integrative Politik ganz ausschöpfen, indem wir beispielsweise keine Zwangsbescheide verschicken. Lassen sie uns nicht repressiv sein.

Die Stadt Köln kann durch diese Resolution dem Land zeigen, wie integrativ sie ist!“

Die Ratsmehrheit von CDU, SPD und FDP sah das nicht so. Unterstützt von „Pro Köln“ und dem REP-Vertreter im Rat wurde der Antrag abgelehnt.

Kemal Bozay ■

Erste Woche Paketboykott!

Flüchtlinge wenden sich mit einer Resolution an die Regierung von Oberbayern

MÜNCHEN. 9.5.2005. Seit dem 3. Mai boykottieren Flüchtlinge aus einem Barackenlager in München den Bezug von Essenspaketen. In einer Resolution, die heute an die Regierung von Oberbayern gesendet wurde, fordern namentlich 39 der 64 Boykott-TeilnehmerInnen Bargeld statt Sachleistungen.



Familie Nassir Rachid mit einem von drei identischen Paketen, die sie bei der Essensausgabe erhalten hat. Zweimal pro Woche werden Pakete ausgegeben..

Doch ihnen geht es um mehr, als um die Mangelversorgung durch Essenspakete. Es ist kalt im Lager in der Emma-Ihrer-Str. 8, die Heizungen sind abgestellt, trotz des aktuellen Wetterumschwunges der letzten Tage, denn „...im Sommer wird nicht geheizt“, so die Regierung von Oberbayern. Vielleicht aber auch Ausdruck eines Unmuts über die Flüchtlinge – von denen ein Teil der BewohnerInnen seit einer Woche den Bezug der Essenspakete boykottiert. In ihrer Resolution an die Regierung von Oberbayern heißt es:

„Wir wollen Bargeld ausbezahlt bekommen, damit wir selber entscheiden können, was wir essen, und was wir für uns und für unsere Kinder kaufen. Darum boykottieren wir die Annahme der Essenspakete. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es für Sie nach geltender Gesetzeslage jederzeit möglich wäre, uns Bargeld statt Sachleistungen auszuzahlen. Übrigens wäre dies sogar deutlich billiger und weniger aufwändig....“ Die Resolution ging an Werner-Hans Böhm, Regierungspräsident von Oberbayern und die zuständige Sachgebietsleiterin Angelika Michalik.

Sachleistungen das heißt: Essenspakete, Toilettenartikel, gebrauchte Kleidung, Bett, Stuhl und Spind im Mehrpersonenzimmer (ca. 15m² für 3-4 Personen) im Sammellager. Zweimal pro Woche gibt es ein Essenspaket, doch für die besonderen Bedürfnisse von z.B.: Vegetariern, Kranken und Kleinkindern sind sie kaum zu gebrauchen. Allen anderen werden fremde Essgewohnheiten und mindere Qualität aufgezwungen.

Ein Hygienepaket für drei Monate für Frauen ab 14 Jahren enthält z.B.: 2 Stück Seife à 100 g, 2 Tuben Zahncreme à 75 ml, 1 Zahnbürste, 1 Flasche Shampoo à 250 ml, 4 Päckchen Papiertaschentücher, 1 Hautcreme à 150 ml, 1 Deoroller à 50 ml, 3 Päckchen Damenbinden 20er. Gesamtwert: ca. 8 Euro

Zweimal im Jahr ist Kleiderausgabe. Die Flüchtlinge erhalten gegen Abholscheine aus Kleiderkammern das, was gerade vorhanden ist. Eine Mutter von zwei Kleinkindern berichtet:

„Ich habe immer noch keine richtige Bettwäsche. Bei der letzten Kleiderausgabe war fast nichts für kleine Kinder dabei, Bettwäsche gab es auch nicht.“

Die Flüchtlinge wollen nur das erreichen, was in anderen Bundesländern durchaus üblich ist, Bargeld anstelle von Sachleistungen.

Weg mit den teuren Schikanen, fordert auch Karawane Sprecher Benjamin O. O. Akinlolu.

Die Karawane und der Bayrische Flüchtlingsrat unterstützen den Boykott und sammeln Lebensmittel für die Notversorgung der Flüchtlinge.

Bayerischer Flüchtlingsrat und Karawane, Tobias Klaus (Karawane), kara-m@gmx.de.

Matthias Weinzierl (Bayerischer Flüchtlingsrat), bfr@ibu.de ■

Ein liebevoller Kuss für einen heimtückischen Mord

Erstes Dokument eines in Argentinien lebenden Holocaust-Überlebenden in Buchform: „Leben und Widerstehen" von Charles Papiernik

Der kleine Donat-Verlag in Bremen hat einen großen Beitrag gegen das Vergessen geleistet. Denn mit dem Buch „Leben und Widerstehen – Erinnerungen an Auschwitz und Sachsenhausen 1942 bis 1945 – " von Charles Papiernik wurde zum ersten Mal das Dokument eines in Argentinien ansässigen Holocaust-Überlebenden einem deutschen Lesepublikum zugänglich gemacht.

Es stammt ursprünglich aus dem Jahre 1946 und wurde 1997 unter dem Titel „Una vida" in Buenos Aires publiziert. 1947 war bereits eine kürzere Version gedruckt worden. Wie das spanische Buch, enthält auch die deutsche Ausgabe einen Bilderzyklus von Shlomo Selinger. Er füllt mit seinen Zeichnungen das Vakuum, das durch das weit gehende Fehlen von Fotos aus den Konzentrationslagern entstanden war. Selinger überlebte neun Konzentrationslager und erhielt für sein bildhauerisches und graphisches Werk mehrere renommierte Preise.

Die deutsche Ausgabe des Buches wurde von Dr. Reiner Kornberger herausgegeben, eingeleitet und aus dem Spanischen übertragen. Er ist als Spanisch-Lehrer an einem Gymnasium in Bremen tätig.

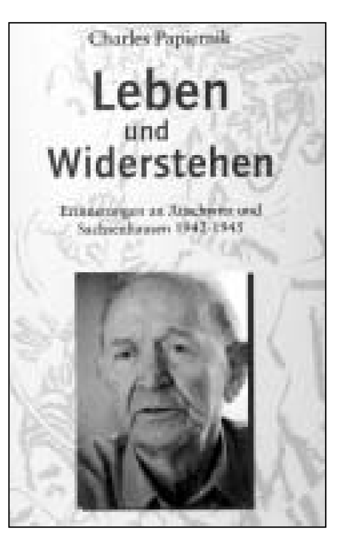
Die Lektüre von „Leben und Widerstehen" lohnt sich besonders und sie hat einen hohen aufklärerischen Wert. Denn dem Verfasser gelingt es, die Leserinnen und Leser mit akribischen Beschreibungen der speziellen Gefühle von KZ-Gefangenen im wahrsten Sinne des Wortes zu beeindrucken. Das hat zweifellos eine andere Qualität als einfache chronologische Schilderungen des Grauens. Dieses nahm für Papiernik 1942 seinen Anfang.

Charles Papiernik kam im Juni 1919 in der polnischen Kleinstadt Przysucha zur Welt und erlernte – wie seine Brüder – das Schneiderhandwerk. Zunächst besuchte der Jude eine Talmud-Schule, doch später erwachte in ihm die Begeisterung für marxistisches Gedankengut. Folgerichtig schloss sich Papiernik dem Sozialistischen Bund an, wurde dort aktives Mitglied.

Nach dem Tode seiner Eltern verschlug es ihn 1935 nach Paris, wo zwei seiner Brüder lebten. Im Juni 1942 schnappte die Falle der deutschen Besatzungsmacht in Frankreich zu: Charles Papiernik wurde verhaftet und nach Auschwitz transportiert. Vier seiner Brüder sowie eine Schwägerin wurden hier umgebracht. Ein weiterer Bruder starb als Soldat der französischen Armee im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht.

In Auschwitz wurde Papiernik in einer „Bauschule" zum Facharbeiter ausgebildet. Schließlich mussten im Vernichtungslager viele Bauten errichtet werden. Später arbeitete Papiernik im Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg in der Rüstungsproduktion.

Während der Zeit in Auschwitz bemerkte Charles Papiernik zum ersten Mal an sich, dass ihn die ständige Konfrontation mit dem Verbrechen, der Willkür, der Gewalt, dem Mord und dem Tod charakterlich veränderte. Er schreibt zu dieser Entwicklung: „Unser Gefühl stumpft ab, alles wird uns gleichgültig. Das Schauspiel des Todes bewegt uns nicht mehr. Wir sind keine Menschen mehr." Nirgendwo sonst, in keinem anderen Lager, sei die Grenze zwischen Leben und Tod so hauchdünn gewesen. Man habe „ein Gefühl von Irrealität" gehabt. Auf der einen Seite waren die Gaskammern und Verbrennungsöfen im Dauerbetrieb, auf der anderen Seite wurde um einen normalerweise nur für Kühe bestimmten Grashalm oder eine Brotkrume gekämpft. „Und ob man sich auf der einen oder der anderen Seite befand, hing nur von der minimalen



Fingerbewegung eines SS-Mannes ab."

Doch die Menschlichkeit durfte man auch in Auschwitz nicht verlieren – eine wahre Herausforderung, zu der Papiernik formuliert: „Unter diesen Umständen zeigt der Mensch seinen wahren Charakter, erweist sich als gut oder schlecht, groß oder klein, tapfer oder feige."

Besonders betroffen macht das Buch „Leben und Widerstehen" bei den Schilderungen der Banalität des Bösen, so etwa beim Todesmarsch gegen Kriegsende, bei dem Papiernik letztlich befreit wird. Doch vorher wird er Zeuge eines brutalen, gefühlskalten Verbrechens: „Etwa am achten Marschtag kommen wir durch ein mecklenburgisches Dorf. Ein Kamerad stürzt der Länge nach hin. Nicht weit von uns geht ein deutscher Panzerfahrer mit einem Mädchen spazieren. Er sieht den Häftling fallen, verbeugt sich galant vor seiner Gefährtin, geht einige Schritte auf uns zu, zieht seinen Revolver und schießt auf den soeben Gestürzten... Und seine junge Begleiterin belohnt ihn mit einem liebevollen Kuss. Dann setzen beide ihren Spaziergang fort, als ob nichts geschehen wäre."

1947 wanderte Charles Papiernik nach Uruguay aus und ließ sich danach in Argentinien nieder. Dort lebt er noch heute. In dem Schlusswort seines Buches formuliert er:

„Sicher, wir müssen auch unsere Wunden schließen. Immer kann man nicht weinen, aber es wäre grausam, all das Böse, das man uns angetan hat, zu vergessen. Und hier rede ich nicht nur von den Deutschen. Ich meine auch all jene, die nichts getan haben, um das Verbrechen aufzuhalten. Wo ist das Gewissen der Welt?"

Thomas Klaus ■

Charles Papiernik, Leben und Widerstehen, 143 Seiten, 42 Abbildungen, ISBN 3-934836-97-6, Donat-Verlag, Hardcover, 12,80 Euro

Geschichtswissenschaft als Legitimationsinstanz

Neuerscheinungen zur Entwicklung der EU

Die Europäische Union ist wirtschaftlich und politisch einer der weltweit entscheidenden Akteure. Durch die geplante Verfassung soll auch das militärische Aufschließen gewährleistet werden. Für AntifaschistInnen und KriegsgegnerInnen macht das eine Auseinandersetzung mit der EU notwendig. Zu ihrer Entstehung und Entwicklung gibt es allerdings wenig wissenschaftliche Abhandlungen. Dies beginnt sich allmählich zu ändern; anlässlich der Vergrößerung der EU erschienen Monographien, die als Propagandisten der „europäischen Einigung" argumentieren. Insbesondere da, wo die Bundeszentrale für politische Bildung als Herausgeber fungiert, wie bei Gerhard Brunns „Die Europäische Einigung" (zuerst 2002 bei Reclam), liegt der Verdacht der Steuerung öffentlicher Meinung nahe.

Brunn startet mit einem Überblick über die Entwicklung der Europaidee(n).Wenn er schreibt, diese Idee habe erst nach dem Ersten Weltkrieg „einen größeren öffentlichen Widerhall" gefunden (S. 22), übersieht er die Mitteleuropakonzeptionen von Walther Rathenau (1913) und Friedrich Naumann (1915), wie auch die Kriegszieldenkschrift des Reichskanzlers Bethmann von Hollweg (1914). Die nationalsozialistische Europaidee führt Brunn ausschließlich auf Hitler zurück, wodurch die Ziele

und Dynamik, aber auch die materiellen Interessen hinter diesen ausgereiften Planungen genauso zurücktreten wie die breite Trägerschaft in Wissenschaft und Kapitalverbänden. Brunns Rede von „der Pervertierung des Europagedankens durch die natioalsozialistische Propaganda“ (S. 29) blendet aus, dass nahezu jede deutsche Europaidee auf die Beherrschung des Kontinents abzielte – je nach Kräftelage und Autor fielen die Konzepte lediglich unterschiedlich gewalttätig aus.

Zur Genese der heutigen EU stellt Brunn wohl zurecht fest, es habe zwar „Europaideen“, aber keine „klare Vorstellung vom konkreten Ziel des Einigungsprozesses“ und keine „zielbestimmte Aufeinanderfolge der Etappen“ gegeben (S. 16/17). Für die ersten Schritte waren der beginnende Kalte und der Koreakrieg richtungsweisend, die die USA in Westdeutschland einen möglichen Bündnispartner sehen ließen. Ohne die neue „aggressive( ) amerikanische( ) Außenpolitik“ (S. 40) wäre die Integration, „wenn überhaupt, nicht so schnell und nicht in der weitreichenden Form verwirklicht worden“ (S. 38). Für die westeuropäischen Staaten ging es um eine Zusammenfassung der eigenen Kräfte und darum, „Deutschland als wirtschaftliche Macht ein(zu)hegen und sein ökonomisches Potential (...) nutzbar (zu) machen“ (S. 17).

Insbesondere Frankreich sei es um „eine Instrumentalisierung der Europapolitik für nationale Zwecke“ gegangen (S. 77). Für die Bundesrepublik stellte diese Konstellation die „Einlasskarte in die westeuropäische Staatengemeinschaft“ dar (S. 17), die Chance, die Ruhrbehörde loszuwerden und das Saarland wieder einzugliedern.

Interessanterweise erwähnt Brunn das 1994 erschienene Lamers/Schäuble-Papier, das ein Kerneuropa unter deutsch-französischer Führung propagierte, nicht jedoch die für das gleiche Konzept werbende Rede Joschka Fischers an der Humboldt-Uni aus dem Jahr 2000. Und wie selbstverständlich strickt auch Brunn am Mythos der „nachhaltige(n) Friedensfähigkeit“ der EU und ihrer „Kultur des Konfliktmanagements“.



„Gegen Sozialabbau und Neonazis“ ist das Schwerpunktthema der neuen Ausgabe des RAG-Rundbriefes. Er geht der Frage nach, wie es den Nazis gelingt, trotz ihrer menschenverachtenden Ideologie in der sozialen Protestbewegung aufzutreten und für ihre Positionen Anhänger zu finden. Ein längerer Beitrag widmet sich in diesem Zusammenhang auch dem „Sozialismus“ der NSDAP.

Gegen 0,77 Euro in Briefmarken über: DGB-Gewerkschaftsjugend Berlin-Brandenburg, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin, RAGberlin20@aol.com an Gewerkschaftsbüros kostenlos

Die von führenden Politikern formulierten Ziele werden ignoriert, wenn es heißt, die „historischen Erfahrungen sprechen aber gegen das Entstehen einer Supermacht Europa“ (S. 307/8). Brunn folgt auch auf sozialpolitischen Themenfeldern den herrschenden Auffassungen kritiklos.

Er will nicht verstehen, dass Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, keinen Gefallen an einer EU-weiten Öffnung des Arbeitsmarkts mit seinen sehr unterschiedlichen Lohnniveaus und Sozialstandards finden. Stattdessen sind ihm jene aus den „ökonomisch und sozial benachteiligten Schichten“, die sich von der EU Vorteile versprechen, eine „kleine( ) aufrechte( ) Minderheit“ (S. 280).

Bei Helmut Altrichters und Walther L. Berneckers „Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ interessiert an dieser Stelle v.a. die zweite Hälfte, die sich mit der europäischen Nachkriegsgeschichte und insbesondere der Entstehung der heutigen EU befasst. Einer differenzierten Darstellung der Entwicklung im Westen des Kontinents steht ein schwarz-weiß gemalter sozialistischer Osten gegenüber. Der europäische Süden kommt nur randständig, Skandinavien gar nicht vor.

An einer westeuropäischen Zusammenarbeit hatte insbesondere die Bundesrepublik ein Interesse, „da sie die volle Souveränität nur über die weiter voranschreitende Integration erreichen konnte“ (S. 227). Die deutsch-französische Zusammenarbeit diente Charles de Gaulle dazu, die „politische Vormachtstellung Frankreichs in Westeuropa sicher(zu)stellen“ (S. 233), mit „Kerneuropa“ „zusammen (hoffte) man auch künftig eine Rolle in der Welt zu spielen“ (S. 247).

Die als „Abwehrreaktion gegenüber der EWG“ (S. 252) entstandene „European Free Trade Association“ (EFTA) geriet in eine zunehmende „Markt- und Politikabhängigkeit von der EG“ (S. 257) und zerfiel. So selbstverständlich und freiwillig, wie die übliche EU-Geschichtsschreibung vom Zusammenwachsen von Zusammengehörigem will, ist die „europäische Einigung“ doch nicht vor sich gegangen. Brunn würde das bestreiten, denn, folgt man ihm, ist der Beitritt etlicher EFTA-Mitglieder einzig wegen der „Anreize“, die die EU bot, geschehen (Brunn, S. 287).

Den weiteren europäischen Integrationsprozess sehen Altrichter/Bernecker mit staatsmännischer Besorgnis, weil „die Mitgliedstaaten viel weniger als früher bereit sind, weitere Souveränitätsrechte an Brüssel abzutreten“ (S. 380). Dass es dafür nachvollziehbare Gründe gibt – z.B. der von Fischer unverblümt vorgetragene Führungsanspruch - kommt in der „Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ nicht vor. Die Sorgen so manches EU-Bürgers vor der Osterweiterung werden hingegen durchaus nachvollzogen: „Mittelfristig dürfte die Ost-Erweiterung den Druck auf die bestehenden Sozialstandards erhöhen.“ (S. 385)

Wie unter diesen Umständen allerdings die „europäische Verfassung (...) die vorhandene Identität stärken“ soll (S. 388), bleibt genauso offen wie die Frage, wie die in der Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zur Aufrüstung in Einklang mit der „EU als ‚Friedensgemeinschaft‘“ (S. 391) gebracht werden soll. Inhaltlich bewegt sich auch diese Darstellung im common sense westdeutscher Geschichtspolitik.

Jost Dülffers Buch über „Europa im Ost-West-Konflikt“ ist nicht zentral mit der Geschichte der EU befasst, untersucht aber einen für ihre Gründung und ihren Ausbau prägenden Aspekt der politischen Großwetterlage. In seiner Darstellung geht Dülffer überwiegend chronologisch vor, beginnend mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der entstehenden Systemkonfrontation. Ein gewichtiger Beitrag zum westlichen Block wurde durch die westeuropäische Integration geleistet, die frühzeitig gedacht und bald angegegangen wurde. Dass sich dieses Staatenbündnis schon kurz nach dem Krieg bilden konnte, war nicht nur den gemeinsamen Interessen im Ost-West-Konflikt geschuldet, sondern auch dem Wunsch nach „Behauptung gegenüber anderen Weltregionen“ (S. 38) sowohl was die Wirtschaftskraft als auch den politischen Einfluss anbelangt. Ganz ähnlich lautete das Credo Konrad Adenauers, der „durch die Westbindung und supranationale Strukturen zugleich einen Ausbau von Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen“ hoffte (S. 174).

Je näher wir an die Gegenwart rücken, desto mehr blinde Flecken der Forschung gibt es. Begonnen bei den Abrüstungsverhandlungen bis zu den Gründen der erneuten Aufrüstung in den Endsiebziger und achtziger Jahren. Und: „Die Einbettung des deutschen Vereinigungsprozesses in die westeuropäische Integration (...), der Weg zum Vertrag von Maastricht 1992, aber auch die Auflösung der Einheit des Ostblocks, der zunehmenden Selbständigkeit der Staaten der Sowjetunion und schließlich ihre stillschweigende Auflösung (...) bedürfen über die Aussagen der Zeitzeugen und Lehrbücher hinaus der späteren gründlichen historischen Einordnung.“ (S. 197)

Jost Dülffer hat ein ausgesprochen nützliches Handbuch zum „Ost-West-Konflikt“ verfasst. Manuskript und Bibliografie wurden mit Ende 2003 abgeschlossen, weitere Publikationen zum Thema sind im Internet abrufbar unter www.internationale geschichte.historicum.net/ daten_texte_quellen.html/ http://www.internationale-geschichte.historicum.net/daten_texte_quellen.html/

F ■

Gerhard Brunn: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 472, Bonn 2004, 429 S., 2 Euro

Helmut Altrichter und Walther L. Bernecker: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2004, 448 S., 32 Euro

Jost Dülffer: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, Reihe Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 18, R. Oldenbourg Verlag, München 2004, 304 S., 24,80 Euro

Neue Broschüre zu Buchenwald erschienen

Anlässlich des 100. Geburtstags von Otto Roth im März 2005 führte die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V. eine Gedenkmatinee durch.
Die Referate der Veranstaltung und weitere Materialien zum Wirken von Otto Roth für die militärische Vorbereitung der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald sind nun in der Broschüre „Organisierter Widerstand im KZ Buchenwald, Engagement und Vermächtnis des Antifaschisten Otto Roth“ von Horst Gobrecht und Ulrich Schneider vorgelegt worden.

Inhalte der Broschüre:

Warum kämpfen – weshalb gedenken?
Erinnerungen an Otto Roth
Widerstand im KZ Buchenwald
Die Pläne zur Selbstbefreiung
Die Bedeutung der technischen Gruppen
Chronik der letzten Tage
Otto Roth als Leiter der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte.
Ergänzt werden die Beiträge durch Bilder und Dokumente.

Die Broschüre hat 40 Seiten und ist über die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis zum Preis von 3 Euro pro Stück zu beziehen. 10 Exemplare liefern wir für 25 Euro portofrei.
Bestellungen an Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M. oder per E-mail an lag-buch@muenster.org

Dr. Ulrich Schneider
Geschäftsführer Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Bernd Posselt hat viele Eigenschaften. Er ist – unter anderem – Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, Europaparlamentarier und nicht zuletzt Landesvorsitzender der bayerischen Union der Vertriebenen. In dieser Eigenschaft hat er eine Konferenz in Budapest initiiert, die der internationalen Vernetzung deutscher Revisionsbestrebungen dient. Es sollen sich, schreibt Posselt in der „Sudetendeutschen Zeitung“, Vertreter der deutschen „Vertriebenen“-Verbände in der ungarischen Hauptstadt „mit Vertretern der ungarischen Volksgruppen außerhalb Ungarns und der nichtungarischen Volksgruppen innerhalb Ungarns treffen, um hier Modelle zu entwickeln, wie man mit dem Thema Vertreibung und mit dem Thema Volksgruppen und Minderheiten umzugehen hat“. Die Konferenz verspricht interessant zu werden, zumal ein Mitarbeiter des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban bereits vor eineinhalb Jahren über kosovarische Perspektiven für die „Auslandsungarn“ nachdachte: „Wir sehen (...), dass diejenigen, die sich nicht scheuten, zu Waffen und Gewalt zu greifen, binnen viel, viel kürzerer Zeit viel mehr erreichen konnten als wir.“

„Gerade die ungarische Seite“, schreibt Bernd Posselt, ist für ihn auch in seiner Eigenschaft als Europaparlamentarier „ein wichtiger Verbündeter“. „In der alten EU durften wir nur verschämt von Minderheiten sprechen“, klagt der deutsche Europaabgeordnete: „Seitdem nun die Ungarn und die Balten dabei sind, haben wir eine Arbeitsgruppe für historische Regionen, traditionelle Volksgruppen und Minderheiten“. Man arbeite an einem „europäischen Volksgruppenrecht“, verkündet Posselt: „Da wird es Widerstände geben, aber erstmalig haben wir im Europäischen Parlament eine Mehrheit, die Arbeiten voranzutreiben.“ Das „europäische Volksgruppenrecht“ gehört zu den Zielen, die die von Posselt geleitete Paneuropa-Union Deutschland seit ihrer Neugründung Anfang der 1970er Jahre erreichen will; es nützt insbesondere den „Sudetendeutschen“, denen Posselt vorsteht. Denn es würde ihnen helfen, Ansprüche auf Rechte in ihren Herkunftsgebieten durchzusetzen. Exemplarisch, versteht sich: Exemplarisch für alle deutschen Umgesiedelten.

jk (nach: Sudetendeutsche Zeitung 15.4.2005) ■

Der Versuch, die Kriegsverbrecher woanders zu suchen

Junge Freiheit Nr. 17/05 vom 22.4.2005

Karlheinz Weissmann erörtert im Vorfeld des 8. Mai die Situation der deutschen Kriegsgefangenen bei den alliierten Siegermächten. Der Göttinger Studienrat versucht, den Eindruck zu untermauern, die Siegermächte des zweiten Weltkrieges hätten die Kriegsgefangenen gegen jedes Völkerrecht misshandelt – und zwar noch schlimmer als die faschistische Wehrmacht gegenüber den Soldaten und Zivilisten der überfallenen Länder wütete. Zur Situation in der Sowjetunion behauptet Weissmann: „Schon unmittelbar nach Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion im Juni 1941 mehrten sich Berichte über die Folterung oder Tötung von kriegsgefangenen Deutschen ... Der von ihm (Hitler) erteilte ‚Kommissarsbefehl', der die Tötung aller gefangenen Politoffiziere der Roten Armee verfügte, wurde zwar nach einiger Zeit wieder außer Kraft gesetzt, aber die schlechte Behandlung der sowjetischen Soldaten in den deutschen Lagern, die miserable Versorgungslage kurz nach Beginn des Russlandfeldzuges und Erschießungen durch Sicherheitspolizei und SD führten zu einem Massensterben ... Das Schicksal der deutschen Soldaten, die in sowjetische Hand kamen, stand dem nicht nach oder war sogar noch schwerer. So kehrten von den 110.000 Überlebenden des Kessels von Stalingrad nur etwa 5000 in die Heimat zurück."

Weissmann behauptet, außerdem hätten vor allem Frankreich, Jugoslawien und die USA Gräueltaten an den Kriegsgefangenen begangen, er zitiert den kanadischen Journalisten Bacque, der behauptet, in amerikanischer und französischer Kriegsgefangenschaft seien eine Million Kriegsgefangene getötet worden.

Erbittert wirft Weissmann den Alliierten vor, deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter und zum Minenräumen eingesetzt zu haben – und behauptet, die Misshandlungen hätten deshalb stattfinden können, weil die Alliierten „keine Rache mehr befürchten" mussten.

Dass die Wehrmachtssoldaten nach der Kapitulation nicht einfache Kriegsgefangene, sondern entwaffnete Feindstreitkräfte waren, interessiert Weissmann nicht.

„Scheindeutschen" das Wahlrecht entziehen?

Junge Freiheit Nr. 18/05 vom 29.4.2005

Der Rechtsanwalt *Dr. Wolfgang Philipp* schreibt im Blatt über die Migranten türkischer Herkunft, die nach der deutschen Staatsbürgerschaft erneut die türkische Staatsbürgerschaft erlangt haben: Er bezeichnet sie als „Scheindeutsche" und fordert schließlich: „Es bleibt nichts anderes übrig, als durch Bundesgesetz schnellstens allen eingebürgerten Türken im Hinblick auf den von dieser Volksgruppe mit Unterstützung ihres Heimatstaates getriebenen massenhaften Missbrauch jedenfalls das Wahlrecht zu entziehen und sie aus den Wählerlisten zu streichen. Die Streichung wäre rückgängig zu machen, wenn die Betroffenen durch eine von einem deutschen Konsulat überbeglaubigte Erklärung des türkischen Staates nachweisen, dass sie nicht türkische Staatsbürger sind (Negativ-Atteste)."

Philipp begründet seine ungeheuerliche Forderung damit, dass mit der doppelten Staatsbürgerschaft die Demokratie in ihren Grundfesten bedroht sei, weil Nicht-Wahlberechtigte mitwählen könnten. Dass durch sein Ansinnen mehrere hunderttausend Menschen von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen würden, hält er für demokratisch.

Ablehnung der Europäischen Verfassung

Junge Freiheit Nr. 18/05 vom 29.4.2005

Bernd-Thomas Ramb erläutert, warum auch die Rechte in der Bundesrepublik den Vertrag über die Europäische Verfassung ablehnt:

„Der Verfassungsentwurf greift tief in die nationalen Verfassungen ein und beraubt sie ihrer Autonomie. Obwohl damit ein Grundpfeiler der Demokratie angetastet wird, erhalten nicht alle Bürger das Recht, über ihre staatliche Zukunft direkt abzustimmen."

Ramb kritisiert vor allem die Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten: „Zweifel an dem Sinn der EU erzeugt zum einen die wuchernde EU-Erweiterung ... Problematisch ist vor allem die Ungleichheit der wirtschaftlichen Situation in den alten und den neuen EU-Ländern. Die Verbindung mit dem grundsätzlichen Bestreben der EU, wirtschaftliche Unterschiede zwischen ihren Mitgliedsländern so schnell wie möglich und vornehmlich durch die Umverteilung von Steuergeldern ausgleichen zu wollen, wirkt explosiv."

Erinnerung – eine Kultur des Todes?

Junge Freiheit Nr. 19/05 vom 6.5.2005

Dem Blatt liegt eine Sonderbeilage zum 8. Mai bei, in der wieder verschiedene Leser ihre Erlebnisse am und um den 8. Mai 1945 schildern dürfen – wie schmerzlich und demütigend die Niederlage für sie war, wie schrecklich die Besatzung durch die Alliierten Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition. Über die Verbrechen des Nazideutschland und den verbrecherischen Krieg, den es begonnen hat, schweigen sich die Betroffenen aus.

Im Blatt selbst würdigt *Doris Neujahr* das Holocaust-Mahnmal in Berlin: „Im Ergebnis feiert in Berlins Mitte eine Kultur des Todes ihren düsteren Triumph. Und während sich die Generation Denkmal & Toscana sich bald in den üppig dotierten Ruhestand verabschiedet, sehen die nachfolgenden Generationen sich chancenlos und mit untilgbaren Hypotheken belastet ... Wie aber soll man so leben? Oder wird sich, in einer der überraschenden Volten, welche die Geschichte immer wieder mal durcheinander schütteln, das Denkmal lediglich als Grabplatte einer zum Schluss verrückt gewordenen Bonner Republik erweisen?"

Was will Frau Neujahr? Den Holocaust totschweigen – Schwamm drüber und kein Wort darüber verlieren? Trauer, Scham und Gedenken kommen im Weltbild der Rechten nicht vor, höchstens Wut und Erbitterung über die Niederlage Nazideutschlands. *uld* ■